

Sylvia Pantel

- (A) Das hohe Gut der Religionsfreiheit darf nicht ausgenutzt werden, um Integration zu hemmen und Parallelgesellschaften zu zementieren.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede noch auf einen Haushaltstitel kommen, den ich besonders erwähnen möchte. Wir investieren erstmalig 3 Millionen Euro in das Deutsch-Griechische Jugendwerk. Durch die Finanzkrise hat das gegenseitige Verständnis unserer einst so eng verbundenen Länder gelitten. Ganz besonders die griechische Jugend ist von der schlechten Situation ihres Landes betroffen. Daher wollen wir dieses Jugendwerk einrichten und nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen oder des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes arbeiten, die herausragende Arbeit für die Freundschaft zwischen unseren Völkern leisten. Das ist eine Investition in eine starke europäische Völkerfamilie.

Unsere Wirtschaft ist stark. Ich bin froh, dass wir trotz der gestiegenen Ausgaben in allen Ressorts einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können und keine neuen Schulden machen. Haushaltsdisziplin ist eine familiäre Pflicht, die wir gegenüber unseren Kindern und Enkeln einzuhalten haben.

Frau Walter-Rosenheimer, weil Sie vorhin Bayern angesprochen haben: Wenn alle anderen Bundesländer so gute Ergebnisse bei der Bildung, der inneren Sicherheit und im Umgang mit Flüchtlingen hätten, dann wäre ich sehr zufrieden. Insofern bin ich froh, dass wir ein solches Beispiel haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 17 – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – in der Ausschussfassung. Wer dafür stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 17 ist damit mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von den Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gebeten, jetzt die Sitzung für etwa eine Stunde wegen Fraktionssitzungen zu unterbrechen. Der Wiederbeginn der Sitzung wird also gegen 18 Uhr sein und rechtzeitig durch Klingelsignal angekündigt.

Ich unterbreche damit die Sitzung.

(Unterbrechung von 17.00 bis 18.17 Uhr)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie recht herzlich und wünsche Ihnen einen schönen Abend in diesen nicht ganz einfachen Zeiten. Ich begrüße auch die Gäste auf der Tribüne.

Ich hoffe, dass die Rednerinnen und Redner auf der Redeliste, die jetzt noch nicht im Saal sind, noch rechtzeitig kommen werden.

- Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und rufe den Tagesordnungspunkt I.17 auf: (C)

### Einzelplan 10

### Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

### Drucksachen 18/6110, 18/6124

Jetzt muss ich auf die Bitte einer Fraktion im Deutschen Bundestag noch einmal unterbrechen. Die SPD bittet um eine weitere Unterbrechung, weil sie noch ein bisschen braucht. – Könnte man ein bisschen präzisieren, was „ein bisschen“ heißt? – Also: Um 18.25 Uhr geht es weiter. Dann lese ich aber nicht alles noch einmal vor, sondern wir fangen dann gleich an. Der erste Redner der SPD kommt als vierter Redner dran. Ich glaube, dann kommt er immer noch rechtzeitig. Um Punkt 18.25 Uhr geht es weiter. Entschuldigen Sie bitte, dass wir jetzt noch einmal fünf Minuten unterbrechen.

(Unterbrechung von 18.18 bis 18.25 Uhr)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Entschuldigen Sie bitte die zweimalige Unterbrechung.

Den Tagesordnungspunkt I.17 – Einzelplan 10 – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – habe ich bereits aufgerufen.

Die Berichterstattung erfolgt durch die Abgeordneten Cajus Caesar, Ulrich Freese, Heidrun Bluhm und Sven-Christian Kindler. (D)

Zum Einzelplan 10 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 96 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Es wäre schön, wenn Sie sich an Ihre Redezeiten halten würden, sodass wir es schaffen, im vorgegebenen Rahmen von 96 Minuten zu bleiben.

Heidrun Bluhm hat als Erste für die Linke das Wort. Sie eröffnet unsere Debatte. – Frau Bluhm, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Heidrun Bluhm (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Ich bin jetzt die Erste, die im Plenum spricht, nachdem soeben alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages von der Regierung darüber informiert worden sind, dass sich Europa und damit auch Deutschland auf einen militärischen Angriff auf die Gebiete des „Islamischen Staates“ vorbereitet. Ich will sagen: Es fällt mir deshalb extrem schwer, jetzt einfach zur Tagesordnung überzugehen und mich darauf zu konzentrieren; ich will es aber trotzdem versuchen.

**Heidrun Bluhm**

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, 90 Prozent der Fläche in der Bundesrepublik sind ländlicher Raum. Jede zweite Bürgerin und jeder zweite Bürger wohnt im ländlichen Raum. Er ist damit keine Peripherie, kein Randbereich und auch kein Teil Deutschlands, der lediglich als Standort der Agrar-, Forst- und Energiewirtschaft verstanden werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, der ländliche Raum ist Lebensraum; der ländliche Raum ist Deutschland. Das ist der Hintergrund, vor dem wir den Einzelplan 10 zu besprechen haben.

Die Lebensrealität und die Lebensqualität der Hälfte der Bevölkerung Deutschlands hängen von der Politik ab, die wir für den ländlichen Raum machen oder vielmehr machen könnten. Bisher haben wir aber entweder die Entwicklung im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel eher sich selbst überlassen oder sind der hohen Bedeutung, auch mit Verantwortung verbunden, viel zu wenig gerecht geworden.

Hier geht es darum, dass wir über die Rahmenbedingungen für die Menschen reden, die unsere Naturlandschaft pflegen, die die Ernährung aller in Deutschland sichern, die mittlerweile weite Teile der Verbraucher auch mit Energie versorgen; in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist das jedenfalls so.

Das ist der Maßstab, an dem wir den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums für 2016 messen müssen. Herr Minister, da muss ich Ihnen leider sagen: Diesem Anspruch werden wir mit einem Gesamtetat von knapp 5,6 Milliarden Euro nicht gerecht werden können.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Klar, auch wir begrüßen den Aufwuchs um knapp 250 Millionen Euro im Vergleich zu 2015. Das ist eine Steigerung um insgesamt 4,65 Prozent. Aber gemessen an der Gesamtsumme, die der Bund 2016 ausgeben wird, sind das nur 1,77 Prozent.

Wie sieht das Leben auf dem Land heute konkret aus? Fährt der Bus die 80-jährige Dame noch zum nächsten Ärztehaus, oder unterlässt sie den Arztbesuch eventuell, weil ihr der Weg zu schwer und kein Landarzt mehr in der Nähe ist? Sind öffentliche und lebensnotwendige Versorgungseinrichtungen überhaupt noch in der Fläche präsent und erreichbar? Hängen wir Teile Deutschlands digital nicht ab? Können Jugendliche Bildung und Teilhabe in gleicher Weise wie in großen Städten erfahren? Ist Daseinsvorsorge heute noch jedem zugänglich? Oder sind es nur noch ökonomische Kennwerte, die die Bundesregierung bei ihrer Strukturpolitik interessieren, wie es sich beispielsweise beim neuen Krankenhausstrukturgesetz oder auch beim Breitbandausbau beweisen lässt? Öffentliche Dienstleistung nur dort, wo sie sich rechnet oder private Gewinne generiert? Dieses Politikverständnis lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber genau das ist der Trend, der sich seit vielen Jahren vollzieht.

- (C) Die Linke fordert einen starken Staat. Wenn es um die Grundbedürfnisse der Menschen geht, dürfen Rendite und wirtschaftliche Effizienz nicht im Fokus stehen. Aufgabe von Politik ist es, das zu sichern, was die Menschen brauchen, auch wenn es sich vielleicht nicht rechnet.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Deshalb brauchen wir eine Gemeinschaftsaufgabe für die Entwicklung der ländlichen Räume; und weil es heute um den Haushalt geht, fordere ich das auch finanziell.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, Herr Schmidt, Ihnen sind die Probleme bekannt. Sie erkennen die Potenziale des ländlichen Raumes. Sie erkennen auch die Investitionsbedarfe, die bei Infrastrukturmaßnahmen, der Dorf- und Regionalentwicklung bestehen. Das werden Sie vielleicht auch in Ihrer Rede gleich noch einmal zum Ausdruck bringen. Aber was nützt es, wenn Ihre Rede in keiner Weise mit den Zahlen im Haushalt in Übereinstimmung zu bringen ist?

- (D) Und hier hatte ich eigentlich große Hoffnung. Über Parteigrenzen hinweg wurde die Forderung von 200 Millionen Euro mehr für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ unterstützt, in der die Mittel für die ländliche Raumentwicklung abgebildet sind – Herr Seehofer vorweg, die SPD sogar mit Vorstellungen im Bereich von 500 Millionen Euro. Dass Sie da also etwas machen mussten, war Ihnen klar, und Sie standen in dieser Frage auch unter Druck. Aber was ist rausgekommen? Um ganze 5 Prozent erhöhen Sie die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe. 30 Millionen Euro sind übrig geblieben von den gewünschten 200 Millionen Euro, die selbst Ihre eigene Partei, der Bauernverband, die Bundesländer und auch wir Linke gefordert haben.

Eine wirkliche Reform der Gemeinschaftsaufgabe hatten Sie in Aussicht gestellt; sie sollte zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ werden. Übrig geblieben ist etwas, was man nicht mal mehr Reförmchen nennen könnte. Nahversorgung, die Förderung landwirtschaftsferner KMU, die Umnutzung von Gebäudebeständen – ja, diese Maßnahmen sind richtig und überfällig, und auch die leichte Mittelaufstockung begrüßen wir natürlich. Aber ich bin mir ganz sicher, Herr Minister: Auch Sie können mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Doch Sie vertreten hier die Regierung, und deshalb mache ich bei Ihnen auch die Defizite dieser Politik fest.

Die Linke sagt: Wir dürfen vor allem strukturschwachen Kommunen die Zukunft nicht verbauen. Sie brauchen dringend Unterstützung bei der Bewältigung des Strukturwandels.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Heidrun Bluhm**

- (A) Hier kommt nicht nur nicht viel voran. Hier unterlassen wir sehenden Auges Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume. Und wenn das in Ihrem eigenen Haushalt nicht eingestellt werden konnte, dann würde ich Sie bitten, Herr Minister: Treten Sie vielleicht Herrn Dobrindt ein bisschen in die Rippen, dass er dann wenigstens die notwendigen Mittel für den Breitbandausbau auch im ländlichen Raum zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die kommunale Finanznot steht der Strukturförderung aber als grundlegendes Problem entgegen. Wenn Kommunen nicht mehr in der Lage sind, das tägliche Leben der Menschen auf dem Lande attraktiv zu machen, dann werden auch sie bei nächster Gelegenheit wahrscheinlich in Ballungsräume abwandern. Dann bauen wir dort, in den Ballungsräumen, noch mehr Wohnungen auf immer weniger Lebensraum und vernichten damit unsere historischen ländlichen Lebensräume und nicht zuletzt auch gesellschaftliches und privates Eigentum. Herr Minister, das wollen Sie nicht. Die Kolleginnen und Kollegen der Koalition wollen das hoffentlich auch nicht, und die Opposition will das sowieso nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für 2016 ist die Chance vertan, Daseinsvorsorge, Mobilität und Teilhabe in den ländlichen Räumen langfristig zu sichern, vor allem in schrumpfenden Regionen. Ich sage es heute am Ende noch einmal: Wir brauchen eine ressortübergreifende Gesamtstrategie für die ländlichen Räume.

(B)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und wenn die Regierung das nicht kann, dann sind wir gern in Zukunft bereit, dazu etwas aufzuschreiben.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Bluhm. – Noch einmal die Bitte, sich an die Redezeit zu halten, sonst – darauf haben wir uns jetzt gerade verständigt – werden wir das einfach Ihren Kolleginnen und Kollegen abziehen müssen.

Nächster Redner in der Debatte: Cajus Caesar für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

**Cajus Caesar (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischereiwirtschaft, Ernährungswirtschaft nehmen eine Schlüsselrolle in unserer Gesellschaft, in unserer Wirtschaft ein. Deshalb wollen wir als Union in diesem Bereich auch Akzente setzen; denn wir wollen der Bedeutung dieses Bereiches gerecht werden. Ich denke, mit diesem Haushalt setzen wir diese Akzente und sind an der Seite der Bäuerinnen und Bau-

ern, der Forstwirte und all derjenigen, die in diesem Bereich aktiv sind. (C)

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Und der Fischer!)

Mein Dank gilt dem Minister, dem Ministerium. Mit dem Entwurf sind schon richtige Gewichtungen vorgenommen worden. Ich glaube, dass wir mit Stolz darauf verweisen können, dass das, was wir in der Vergangenheit beschlossen haben, mit Dynamik umgesetzt worden ist. Deshalb danke ich unserem Minister Christian Schmidt im Namen unserer Fraktion ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mein Dank gilt auch dem Haushaltsreferat: Albert Wulff – ihn habe ich eben gesehen –, Dr. Ulrich Kuhlmann – er kann heute nicht hier sein – und Bernd-Udo Hahn, mit denen wir stets zusammengearbeitet haben. Es war eine Freude. Wir haben die Informationen schnell, ausführlich und detailliert bekommen. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit. Das gilt auch für meine Mitherrichterstatte Ulrich Freese, Sven-Christian Kindler – er ist aus familiären Gründen heute nicht hier; aber auch ihm Dank – und selbstverständlich auch Heidi Bluhm, die ja Nachfolgerin von Roland Claus ist. Danke für die Zusammenarbeit!

Wir legen einen Gesamthaushalt vor, der null Neuverschuldung vorsieht, und setzen trotzdem sehr wesentliche Akzente: 140,8 Millionen Euro mehr für gesunde Ernährung, für Forschung, für Projekte, für Wertschöpfung im ländlichen Raum – das ist schon etwas besonders –, 108 Millionen Euro mehr für den ländlichen Raum, für die Sozialversicherungen und noch einmal 100 Millionen Euro obendrauf für den vorbeugenden Hochwasserschutz. Das sind 350 Millionen Euro Zukunftsinvestitionen der Union. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Haushalt, Eckhardt Rehberg, danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass er uns in dieser Form vorangebracht und so unterstützt hat. Lieber Eckhardt, herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir als Union setzen mit diesem Haushalt die richtigen Rahmenbedingungen. Wir wollen diese Branche weiterhin zukunftsfest machen, Schwerpunkte setzen und das Geld an der richtigen Stelle einsetzen. Schwerpunkte sind zum einen die nachwachsenden Rohstoffe, für die 61 Millionen Euro vorgesehen sind. Hier darf ich sagen: Andreas Schütte an der Spitze der FNR leistet hervorragende Arbeit. Aber Alois Gerig, der hier unter uns ist, ist derjenige, der in der FNR die Projekte wesentlich voranbringt. Lieber Alois Gerig, herzlichen Dank! Hier wird hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Freunde, auch für den Waldklimafonds haben wir die Mittel von 14,35 Millionen Euro auf 17,61 Millionen Euro in 2016 und auf 19,54 Millionen Euro in 2017 erhöht. Hier geht es um Klimaschutz, hier geht es um klimaresistente Baumarten, hier geht es um Forschung,

## Cajus Caesar

- (A) hier geht es um Kohlenstoffspeicherung und CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Ich denke, dass ist ein richtiger Weg. Gleichfalls setzen wir Akzente im Bereich Bauen mit Holz. Holz ist beim Bauen ein Stoff, der eine hervorragende Ökobilanz hat, weil dadurch 80 Prozent weniger Energie verbraucht werden. Also: Mit Holz ist viel möglich; das ist umweltfreundlich und natürlich auch ressourcenschonend.

Wir wollen insbesondere das Bundeswaldgesetz möglichst schnell auf den Weg bringen und so dafür sorgen, dass die Kleinstwaldbesitzer nicht im Stich gelassen werden, sondern vielmehr gestärkt werden. Wir wollen das Eigentum stärken, und wir wollen auch die forstwirtschaftlichen Vereinigungen in ihrer Arbeit stärken.

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Hier ist unser Minister auf dem richtigen Weg. Wir sind davon überzeugt, dass er relativ rasch einen entsprechenden Entwurf vorlegen wird, um dieses zu regeln.

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Das hoffen wir!)

Dafür danke ich ihm ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden des Weiteren zusätzliche Stellen vorsehen, um die Waldstrategie 2020 mit Leben zu erfüllen und im Bereich des Wirtschaftsfaktors Wald einiges tun zu können; da haben wir ja auch bereits einiges getan. Auch hier kann man sagen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

- (B) Wir wollen – das haben wir gezeigt – nicht nur Versprechen machen, sondern sie auch halten. Im Bereich der Energieeffizienz des Gartenbaus und der Landwirtschaft setzen wir 15 Millionen Euro ein. Das sind in den nächsten drei Jahren insgesamt 65 Millionen Euro. Im Bereich Energieeffizienz ist Geld gut angelegt. Das wollen wir alle. Das ist Klimaschutz. Das bedeutet aber auch Stärkung der Branchen Gartenbau und Landwirtschaft. Das ist uns wichtig.

Wir wollen im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe Akzente setzen. Wir haben deshalb die Mittel deutlich erhöht: um 30 Millionen Euro in diesem Jahr und in den Folgejahren um 60 Millionen Euro. Das fließt nicht nur in Modellprojekte; vielmehr wollen wir über solche Projekte die ländlichen Infrastrukturen insgesamt verbessern. Natürlich ergänzen wir den Verkehrshaushalt – hier werden mehrere Milliarden für die Breitbandversorgung auch im ländlichen Bereich bereitgestellt – durch eigene Mittel. Wir sind da auf dem richtigen Weg, und wir werden auch unsere Versprechen einhalten, nämlich den ländlichen Raum so auszugestalten, dass er so lebenswert bleibt, wie er ist. Deshalb wird die Union alles daran setzen, erfolgreich solche ländlichen Strukturen aufzubauen, dass sie dazu dienen können, die Menschen im ländlichen Raum zu begleiten. Auch da sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Willi Brase [SPD])

Die Gemeinschaftsaufgabe umfasst auch den Küstenschutz. Ingbert Liebing aus Schleswig-Holstein hat mir

auf beeindruckende Weise vor Ort gezeigt, wie wichtig der Küstenschutz ist. Wir haben die Mittel für den Hochwasserschutz erhöht, um Deichertüchtigungen vornehmen zu können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben insbesondere für den vorbeugenden Hochwasserschutz etwas getan. Wer die Bilder vom Hochwasser noch vor Augen hat, der weiß, welches Leid die Leute erfahren haben. Wir haben schnell und unkompliziert geholfen und 8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Aber wir wollen auch vorbeugend präventiven Hochwasserschutz betreiben.

Bei den Terminen in den Wahlkreisen konnte ich feststellen, dass es die Befürchtungen gab, dass wir Geld einstellen könnten, mit dem irgendwelche Programme finanziert werden, die aber gar nicht effektiv sind. Diese Befürchtungen sind unbegründet; denn wir haben das, was wir als Koalition im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes auf den Weg bringen wollten, auch umgesetzt. Die 20 Millionen Euro, die im ersten Jahr zur Verfügung standen, haben wir für effektive Programme und Investitionen genutzt.

Im nächsten Jahr werden 100 Millionen Euro für den vorbeugenden Hochwasserschutz zur Verfügung stehen. In diesem Bereich ist Geld sehr gut angelegt; denn es kommt – neben der Deichrückverlegung – auch darauf an, den Landwirten weiterhin die Möglichkeit zu geben, dort zu wirtschaften und ihr Land zu bestellen. Es ist so erstmals gelungen, den Landwirten aus Bundesmitteln 20 Prozent des Verkehrswertes betroffener Flächen als Entschädigung zukommen zu lassen, also Ökologie und Ökonomie im besten Sinne zu verbinden. Das ist der richtige Weg; den sollten wir weitergehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle reden vom ländlichen Raum, vor allem vor Ort, in den Wahlkreisen. Es gibt runde Tische und tolle Ideen; Projekte werden geschmiedet. Wir setzen 30 Millionen Euro zusätzlich für den ländlichen Raum ein. Wir als Union sind an der Seite derjenigen, die vor Ort Ideen haben

(Ursula Schulte [SPD]: Wir auch!)

und sie umsetzen wollen. Ich sage mal: Wir als Koalition und wir von der Union meinen, dass der ländliche Raum wichtig ist. Deshalb sind wir an der Seite der dort lebenden Menschen und derjenigen, die dort arbeiten. Diese 30 Millionen Euro sind gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen die sozialen Strukturen im ländlichen Raum stärken. Wir wollen, dass Gebäude umgewidmet werden können, ehe sie verfallen, und Nutzungszwecken in der Landwirtschaft aber auch darüber hinaus zugeführt werden können. Wir wollen durch entsprechende Projekte im ländlichen Raum Dinge auf den Weg bringen und Positivbeispiele sammeln, die dann vermehrt in allen Bereichen des ländlichen Raums umgesetzt werden können.

Wir wollen Dienstleistungen, die sonst nicht bezahlbar sind, bündeln und den Menschen anbieten, um den

**Cajus Caesar**

- (A) ländlichen Raum so attraktiv zu machen, dass von dort möglichst wenige weggehen. Mehr noch: Der ländliche Raum soll so attraktiv und lebenswert sein, insbesondere im Hinblick auf Infrastruktur, Arbeitsplätze und Angebote vor Ort, dass er mit den städtischen Bereichen mithalten kann. Das sind wir den Bürgern schuldig. Deshalb handeln die Union und die Koalition entsprechend.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Bereich der Sozialversicherung stellen wir 78 Millionen Euro mehr für die Unfallversicherung bereit. Wir sind der Meinung, dass dies wichtig ist, auch vor dem Hintergrund, dass die Landwirtschaft im Augenblick sehr schwierige Zeiten durchwandert. Die Rahmenbedingungen sind wegen des Verbots von Exporten nach Russland, der Milchpreise und der Schweinepreise schwierig. Angesichts der Situation wollen wir ein Zeichen setzen und der Landwirtschaft, den Bäuerinnen und Bauern, den Forstwirten, allen, die vor Ort arbeiten, sagen: Wir lassen euch nicht im Stich, wir sind an eurer Seite. – Deshalb stellen wir 78 Millionen Euro mehr für diesen Bereich bereit. Ich denke, das ist richtig und gut angelegtes Geld für die Landwirtschaft, für die Forstwirtschaft und für all diejenigen, die dort richtig anpacken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben 2 Millionen Euro mehr auch für Messen, für Exportförderung eingestellt. Ich denke, das ist richtig. Das schließt an den eben genannten Bereich an.

- (B) Wir tun mehr im gesundheitlichen Verbraucherschutz. Ich nenne an dieser Stelle die Aufstockung um 136 Stellen beim BfR und um 195 Stellen beim BVL. Gesunde Ernährung und Tierwohl sind auch Thema unserer Bundesregierung und unserer Koalition; und deshalb tun wir dort etwas.

Wir wollen nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt; ich habe eben den Namen Eckhardt Rehberg genannt. Wir setzen Akzente und Zeichen für Forschung und Innovation mit 50 Millionen Euro mehr. Wir setzen Zeichen für den Dialog. Wir setzen Zeichen für eine gesunde Ernährung. Wir setzen Zeichen für einen umweltfreundlich erzeugten Rohstoff Holz. Wir setzen Zeichen durch 78 Millionen Euro mehr an Investitionen im Bereich der sozialen Systeme für die Unfallversicherung. Und wir setzen Zeichen im ländlichen Raum durch einen neuen Ansatz in Höhe von 30 Millionen Euro. Wir als Union wollen an der Seite der dort lebenden und arbeitenden Menschen sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Kollege Caesar. – Nächster Redner in der Debatte: Harald Ebner für Bündnis 90/Die Grünen.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Tagesordnung überzugehen, fällt uns allen schwer, glaube ich; da stimme ich der Kollegin Bluhm

- zu. Dennoch müssen wir es versuchen und heute über den Haushalt reden. (C)

Der Schwabe schaut ja im Haushalt immer darauf, dass kein Geld verschwendet wird. Als grüner Schwabe achte ich auf Nachhaltigkeit. Als grüner Agrarpolitiker will ich eine nachhaltige Landwirtschaft fördern und unsere Betriebe für die Zukunft fit machen. Hier gibt es wirklich viel zu tun. Das passiert mit diesem Haushalt, lieber Herr Kollege Caesar, leider schon wieder ganz und gar nicht. Ich sehe in dem Entwurf nämlich keinen Plan und keinen Mut.

Damit wir uns nicht missverstehen: Herr Minister, es ist gut, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ endlich aufgestockt werden. Darüber diskutieren wir seit zwei Jahren. Und es ist auch gut, dass es mehr Geld für die landwirtschaftliche Sozialversicherung gibt. Aber es bleibt dabei: Sie zementieren einmal mehr Ihre bisherige Agrarpolitik. Ihr Haushalt steht für noch mehr Industrialisierung, hohen Pestizidverbrauch und weitere Investitionen, leider in eine Agrarproduktion, die massive ökologische Kosten verursacht und – das ist das Fatale dabei – nicht einmal den Bäuerinnen und Bauern etwas bringt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Intensivierung auf Kosten der Umwelt bringt ja nicht einmal mehr kurzfristige ökonomische Vorteile. Im Gegenteil: Sinkende Preise gefährden Tausende von bäuerlichen Existenzen. Milchpreise um 25 Cent fressen an der Substanz der Betriebe. Wer seine Tierhaltung für den Export optimiert hat, sitzt jetzt auf hohen Investitionsschulden. Das lässt sich auch nicht mit Liquiditätshilfen kaschieren. Da ist doch ein klarer Auftrag an Sie, endlich Alternativen zu fördern. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie predigen stattdessen unverdrossen weiter Ihre Exportvisionen und fördern das auch noch mit öffentlichen Mitteln. Da sind zum einen 3 Millionen Euro für Maßnahmen zur Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen im Agrar- und Ernährungsbereich, und das, obwohl die momentane Krise auf dem Fleisch- und Milchmarkt klar zeigt, dass die Exportfixierung in die Sackgasse geführt hat. Diese 3 Millionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wären im Tierschutz doch deutlich besser angelegt, weil sie hier auch einen echten Mehrwert schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Schmidt, was tun Sie? Statt sich um die drängenden Probleme der Landwirtinnen und Landwirte zu kümmern, beraumen Sie Exportgipfel an. Ihr Soforthilfeprogramm besteht wieder nur aus Exportunterstützung – mit bekannten Folgen für die Landwirtschaft in den Empfängerländern. Dabei gibt es gerade im Inlandsmarkt enormes Wachstums- und Wertschöpfungspotenzial. Der Absatz von Ökolebensmitteln steigt, die Anbaufläche nicht. Die Leistungen des ökologischen Landbaus bei Klima-, Umwelt- und Naturschutz, aber auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind durch zahllose Studien, auch durch Studien der Bundesregierung, belegt.

**Harald Ebner**

- (A) Aber wer nachhaltige Landwirtschaft will, der muss dafür auch die Weichen stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es muss deutlich mehr in das Bundesprogramm Ökologischer Landbau investiert werden, sonst gehen durch den rasanten Verlust von genetischer Vielfalt unsere Grundlagen für nachhaltige ökologische Landwirtschaft unrettbar verloren. Aber Sie haben unseren Antrag, in dem wir forderten, 20 Prozent der Forschungsmittel dem Ökolandbau zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Herr Caesar, Sie haben zwar gesagt, die Forschungsmittel sind aufgestockt worden,

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Ja!)

aber wir sollten auch mehr Mittel zur Forschung im Ökolandbau investieren.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: 50 Millionen mehr haben wir eingesetzt!)

Ihre vollmundig gestartete Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau kommt ganz ohne Geld aus. Ich kann da keine Strategie und auch keine Zukunft erkennen. Stattdessen gibt es Gesprächsrunden bis zum bitteren Ende der Legislatur. Herr Minister, mit was wollen Sie am Ende der Legislatur eigentlich noch anfangen? Da ist es doch logisch, dass Sie kein Geld ausgeben wollen. In der Sache ist das nachvollziehbar, aber grundfalsch. Orientieren Sie sich doch an den Bundesländern, auch an Ihrem eigenen. Dort passiert etwas, das kann man abschreiben. Für mich sieht es aber so aus, als hätten Sie keinen Plan.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen fest: In allen Lebensmitteln sind Pestizidrückstände zu finden, leider nicht nur in den Importen, sondern auch in den hiesigen; das war einer Dokumentation des BVL aus dem Jahr 2013 zu entnehmen. Das bereitet nicht nur dem Bundesamt, sondern uns allen buchstäblich Bauchschmerzen.

Pestizidrückstände, zum Beispiel Glyphosat, finden sich in uns allen; das belegen zahlreiche Untersuchungen. Ich sage ausdrücklich, meine Damen und Herren: Ich halte es für richtig, dass man beim BfR, beim Bundesinstitut für Risikobewertung, Stellen aufstockt.

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Dann freuen Sie sich doch über unseren Haushalt!)

Das ist nötig. Dann ist das Bundesinstitut hoffentlich auch nicht mehr darauf angewiesen, Bewertungen der Industrie hinsichtlich Pestiziden zu übernehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen sind angesichts des steigenden Pestizideinsatzes zu Recht besorgt. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen in die Forschung im Bereich des nicht chemischen Pflanzenschutzes investieren und in die Beratung der Landwirte, die den Mitteln selbst nicht mehr trauen. Deshalb hatten wir ja beantragt, dass die Mittel aus dem Budget für Forschung und Innovation zweckge-

bunden eingesetzt werden. Das wurde von Ihnen abgelehnt. – Schade! (C)

Beim Stickstoffüberschuss sieht es genauso aus; wie bei der Gentechnik passiert hier nichts, Herr Minister. Die Kennzeichnungspflicht von tierischen Produkten bekommen Sie nicht hin. Für die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung gibt es nach wie vor nicht mehr Geld, um sie bekannt zu machen. Und der Gesetzentwurf der Bundesländer wartet darauf, endlich in den Bundestag eingebracht zu werden. Das ist ärmlich, das ist billig, das zeugt auch von Hilflosigkeit. Da fehlt Ihnen der Mut, die Verantwortung für die Anbauverbände mit einem vernünftigen Gentechnikgesetz selbst zu übernehmen, statt sie an die Bundesländer abzuschieben; genau das tun Sie ja.

Es gäbe noch viel zu sagen.

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Die Redezeit ist abgelaufen!)

Mir bleibt an dieser Stelle, zu sagen: Der Haushalt zeigt, dass Sie nicht den Mut haben, die Probleme zu lösen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege Ebner, auch für die Einhaltung der Redezeit. – Nächster Redner: Ulrich Freese für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

#### **Ulrich Freese (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen so zuhöre, dann beschleicht mich einerseits das Gefühl, dass Sie den vorliegenden Haushalt nicht kennen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Andererseits haben Sie eine ganze Reihe von Fragestellungen aufgeworfen, die mit Haushaltstiteln nichts zu tun haben. Diese Fragen sind – das ist der Anspruch des Ministeriums – auch ohne Haushaltstitel einfach per Gesetz regelbar.

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welches Gesetz haben Sie denn gemacht? Ihr habt doch gar keines gemacht! – Weiterer Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir reden jetzt über den Haushalt 2016. Ich muss schon sagen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist schon eine verdammt sportliche Leistung, die wir in den letzten 18 Monaten hingelegt haben. Der Haushalt, der von uns heute und morgen abschließend beraten wird, ist nämlich der dritte Haushalt, der ohne Neuverschuldung auskommt, der ausgeglichen ist. Es ist auch der dritte Haushalt, in dem es Bewegung im Haushalt des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung gibt. Ich denke, darauf können wir alle, die wir die Koalition tragen, ein Stück weit stolz sein;

(D)

**Ulrich Freese**

- (A) wir arbeiten nämlich unseren Koalitionsvertrag millimetergenau ab.

Cajus Caesar ist genauso wie allen anderen, die an den Haushaltsberatungen teilgenommen haben, für sein Engagement zu danken. Ebenso ist dem Bundesministerium zu danken, das uns immer gut vorbereitet hat und unterjährig die Fragen meiner Kolleginnen und Kollegen jederzeit beantwortet hat.

Was ist in den 18 Monaten alles geschehen? Ich erinnere mich zunächst einmal, dass in allen meinen Reden der Hochwasserschutz einen hohen Stellenwert hatte. Das Thema Hochwasserschutz hat über einen Maßgabebeschluss Eingang gefunden. Dafür waren in diesem Jahr 20 Millionen Euro vorgesehen, weil wir gesagt haben: Wir wollen planen. – Und in meiner letzten Rede, Herr Minister, habe ich darum gebeten, dass Sie mit dem Bundesfinanzminister und ihren anderen Ministerkollegen aushandeln, dass aus dem Investitionsförderprogramm jährlich 100 Millionen Euro für den Hochwasserschutz vorgesehen werden. Ich bin sehr froh, dass es Ihnen gemeinsam mit der für die Bereiche Bauen und Umwelt zuständigen Bundesministerin, Barbara Hendricks, gelungen ist, exakt 100 Millionen Euro zu vereinbaren, und zwar nicht nur für 2016, sondern auch für 2017 und 2018. Das sind wichtige finanzielle Beiträge, die uns helfen werden, einen nationalen Hochwasserschutzplan auf den Weg zu bringen, in dem genau das berücksichtigt wird, was Cajus Caesar hier beschrieben hat.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Zweiten hat in allen drei Reden, die ich hier zum Haushalt gehalten habe, das Thema Hofabgabeklausel eine Rolle gespielt. Im letzten Jahr ist der Haushalt des Bundesministers diesbezüglich so aus dem Parlament herausgegangen, wie er hereingekommen ist, weil wir uns nicht einigen konnten, hier Modifizierungen vorzunehmen. Ich kann, denke ich, mit Stolz sagen, dass es der Hartnäckigkeit der Sozialdemokraten zu verdanken ist, dass wir die Hofabgabeklausel modifiziert haben.

- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hilft 64 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Endlich kann aus eingezahlten Rentenbeiträgen, wenn das Renteneintrittsalter erreicht wurde, Rente bezogen werden.

Zum Dritten haben wir uns sehr intensiv mit der Frage der ländlichen Räume auseinandergesetzt. In allen Haushaltsberatungen hat die Frage der Weiterentwicklung der GAK eine Rolle gespielt und die Frage: Wie viel Geld setzen wir bundesseitig letztendlich für die Entwicklung ländlicher Räume, in denen ein Drittel der Gesamtbevölkerung Deutschlands wohnt, ein? Ich denke, es ist ein gutes Zeichen, dass wir jetzt zusätzlich 30 Millionen Euro in den Haushalt einstellen mit der Maßgabe, dass dadurch mehr und mehr Bundesaktivitäten finanziert werden können. Ich denke, dass auch wir seitens des Bundes eine

- ganze Reihe guter Ideen zur Entwicklung der ländlichen Räume haben, die wir einbringen können. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Cajus Caesar [CDU/CSU])

Dazu gehört auch, dass wir uns der Instrumente bedienen, die uns schon zur Verfügung stehen. Ich bin dem Minister sehr dankbar, dass er sich bereit erklärt hat, das Grünlandzentrum, das in Niedersachsen eine Vorreiterrolle einnimmt, über Projekte finanziell zu fördern, damit diese Ideenschmiede mit Blick auf ganz Deutschland mit Bundesmitteln arbeiten kann.

Eine letzte Bemerkung, Frau Präsidentin. – Wir haben auch darum gerungen, dass die Kompetenz, die im Forschungsinstitut für Kinderernährung in Dortmund angesiedelt ist, bei der Verlagerung nach Bonn erhalten bleibt. Das traf leider auf das Institut nicht zu, aber die Kompetenz ist teilweise gesichert. Ihre Zusage, Herr Minister, dass Sie sich dafür einsetzen werden, dass über weitere, über die McDonald's-Studie hinausgehende Projekte die Kompetenz gesichert wird, ist ein gutes Zeichen dafür, dass wir die gesunde Ernährung dieser Teilgruppe der Bevölkerung mit Bundesmitteln weiterhin fördern wollen.

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die „McDonald's-Studie“? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie da etwas falsch verstanden?)

- Die DONALD-Studie. – Ich glaube, wir haben vieles aus dem Koalitionsvertrag erfüllt. Ich bin mir ganz sicher, dass wir in der nächsten Haushaltsberatung weitere Schritte gehen werden und am Ende sagen können: Wir haben fast 100 Prozent der im Koalitionsvertrag beschlossenen Vereinbarungen auf den Weg gebracht. (D)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege Freese. – Nächster Redner ist der Minister Christian Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kam eben etwas Unruhe auf. Vielen Dank, Kollege Freese, für die Erwähnung des Bereichs der Ernährung, der uns sehr wichtig ist, allerdings nicht im Sinne von: für Fast Food, sondern gegen Fast Food. Kinderernährung ist genau das Thema, bei dem wir ansetzen müssen.

Ich möchte mich sehr bedanken: beim Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und bei den Hauptberichterstatern, bei Cajus Caesar, Ulrich Freese, Herrn Kindler – Frau Hajduk, bitte übermitteln Sie ihm die besten Grüße – und Frau Bluhm; Herr Claus ist schon

**Bundesminister Christian Schmidt**

- (A) nicht mehr da. Sie haben intensiv gearbeitet. Zu später Nachtstunde, in der Bereinigungssitzung, gab es dann ein gutes Ende für den Einzelplan 10; denn – und das habe ich sehr dankbar zur Kenntnis genommen – um 4 Uhr in der Nacht haben sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wir waren alle hellwach!)

– alle hellwach – den Vorschlägen angeschlossen. Dafür kann ich nur großen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin ohnehin der Meinung, dass in der zweiten und dritten Lesung das Parlament und nicht die Bundesregierung im Mittelpunkt steht. Letztere ist in diesem Augenblick dankbar, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages die Zuwächse des Etats, die erst im Raum standen und dann schon fast vom Tisch waren, am Ende genehmigt hat. Es geht um immerhin 108 Millionen Euro, die in früher Morgenstunde zusätzlich beschlossen wurden.

Wir können mit dem Geld die richtigen Akzente in diesem Haushalt setzen: für einen verlässlichen gesundheitlichen Verbraucherschutz, für eine ausgewogene Ernährung, für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft. Als weitere Branche nenne ich nur den Gartenbau. Cajus Caesar hat die 65 Millionen Euro genannt, die bereits im zweiten Haushalt der letzten 18 Monate ein Thema waren.

- (B) Ich danke für die Unterstützung für vitale und attraktive ländliche Regionen. Der Haushalt setzt damit ein deutliches Zeichen, dass Ernährung und Landwirtschaft wichtige Lebensthemen sind, in die es sich zu investieren lohnt.

Der Haushalt stellt für den Bereich der Ernährung fast 90 Millionen Euro bereit. Das ist ein richtiger Schwerpunkt; denn wir wissen: Für die Menschen ist das Thema Ernährung das wichtigste Verbraucherschutzthema überhaupt. Diese Mittel werde ich ganz wesentlich dafür einsetzen, gesunde und ausgewogene Ernährung verstärkt zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich tue dies auch an anderer Stelle im Verbraucherschutz, etwa durch die Unterstützung von lebensmittelklarheit.de, die bisher für einige Jahre gesichert war. Ich habe die Mittel für dieses Portal verstetigt, das zu einer wichtigen Anlaufstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher geworden ist, die sich über die Kennzeichnung von Lebensmitteln informieren wollen oder sich beschweren wollen, wenn sie sich durch ein konkretes Produkt getäuscht fühlen. Das kann ich mit den Mitteln, die Sie mir zur Verfügung stellen.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Ich darf einen weiteren Punkt nennen. Liebe Gitta Connemann, das gestrige von dir und Kollegen initiierte Fachgespräch in der CDU/CSU-Fraktion und andere Gespräche haben unterstrichen, dass beispielsweise Di-

abetes nicht nur eine Frage der Gesundheitspolitik ist, sondern auch eine Frage der Prävention. Ich bin sehr dankbar, dass es uns, gemeinsam mit Kollegen Hermann Gröhe, gelungen ist, im Präventionsgesetz zu verankern, dass wir mit unserer Kampagne IN FORM und anderen Initiativen ganz deutliche Grundlagen für eine bessere Ernährungsprävention schaffen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das muss vor allem in den Schulen stattfinden. Ein gesunder Lebensstil lässt sich nicht einfach verordnen. Wir müssen die Ernährungskompetenz der Kinder und Jugendlichen stärken. Deswegen gehört das auf den Stundenplan. Das heißt allerdings, dass wir darüber mit den Ländern reden müssen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau, richtig! Die Länder müssen mitziehen!)

Ich habe die Kultusministerkonferenz um ein Gespräch über den Vorschlag der Einführung eines Schulfaches Ernährungsbildung gebeten. Nun wollen wir einmal sehen, wie sich das entwickelt. Ich jedenfalls bin bereit, dafür zu sorgen, dass der Bund einen Beitrag hierzu leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bündle die „Qualitätsoffensive Schulverpflegung“ und die damit verbundenen Aktivitäten meines Hauses mit einer Informationskampagne für Eltern: von der Unterstützung beim Angebot hochwertiger Schulverpflegung bis zur Bereitstellung eines Startersets Ernährungswissen für die Kinder. Ich werde die Aktivitäten in einem Nationalen Qualitätszentrum für gesunde Ernährung in Kita und Schule hier in Berlin zusammenführen. Es wird die zentrale Anlaufstelle werden – bei strenger Beachtung der Länderkompetenzen, aber in Unterstützung der von allen Ländern mitgetragenen Initiative, die insbesondere die Schulverpflegung und die Schulvernetzungsstellen in diesem Bereich zum Gegenstand hat.

Das Engagement in Sachen Ernährungssicherung im globalen Kontext ist aber auch in anderer Hinsicht zu betrachten – einige Kolleginnen und Kollegen haben ja auf den Grund für die Unterbrechung der Sitzung und auf die Tatsache, dass wir diesen Einzelplan nun erst sehr spät beraten, hingewiesen –: Es geht um die Frage, wie wir nach den schrecklichen Terrorangriffen in Paris den Aktivitäten des IS bzw. dem Terror, den er in Syrien und im Irak ausübt – quasi als ein Staat, jedenfalls auf einem Territorium –, begegnen können.

Lassen Sie mich zur katastrophalen Lage in Syrien noch einen anderen Aspekt ansprechen. Die Ursachen für das heutige Leid der Menschen dort sind vielfältig. Die Ernährungssituation gehört dazu. In Syrien sind in den Jahren 2006 bis 2010 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe einer außerordentlichen Dürre zum Opfer gefallen. Die Folgen waren Hunger und Landflucht. Nun müssen wir daran arbeiten, dass die Ernährungssicherung in diesem Land wieder besser wird. Sie hat aufgrund der Kriegswirren natürlich noch mehr gelitten. Deswegen werde ich auch hier Akzente setzen. Es ist zu beklagen, dass die Weltgemeinschaft bisher nicht in der Lage ist, genügend Mittel zu generieren, um den Menschen in den

**Bundesminister Christian Schmidt**

- (A) Flüchtlingslagern und in den Lagern um Syrien herum nicht nur das Überleben zu ermöglichen, sondern ihnen auch eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht in der Lage oder nicht willens?)

Ernährungssicherung ist ein entscheidender, ja, nachhaltiger Beitrag zu gesellschaftlicher und politischer Stabilität. Deswegen müssen wir das Menschenrecht auf Nahrung weltweit umsetzen. In ausgewählten Projekten, etwa mit der FAO, findet bereits eine Förderung statt, übrigens auch in Syrien. Auch Saatgut wird in kleinen Gebinden nach Syrien geschickt, damit die kleinen Landwirte es nutzen können. Auch das ist ein Versuch, die Ernährungssicherung weiter zu unterstützen.

In unserem Haushalt werden gut 74 Millionen Euro für die FAO und entsprechende Maßnahmen bereitgestellt. Damit ist Deutschland drittgrößter Beitragszahler, was internationale Maßnahmen angeht. Vielen Dank dafür, dass Sie mir die Möglichkeit geben, hier einen Akzent zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Internationale Verantwortung will ich auch in der Forstpolitik übernehmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei unsere nachhaltige und gleichzeitig ökonomisch erfolgreiche Waldbewirtschaftung. Immerhin können die Förster ja von sich sagen, dass sie die Erfinder des Begriffs „Nachhaltigkeit“ sind. Carl von Carlowitz gilt als Begründer des Prinzips der Nachhaltigkeit – das liegt mittlerweile 302 Jahre zurück, wenn ich richtig rechne –,

- (B)

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Jawohl!)

und war noch dazu ein Sachse.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt denn hier „noch dazu“?)

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung hat sich bewährt. Wir müssen Deutschland zu einem Musterland in Sachen Wald machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Kompetenzen und Kapazitäten meines Hauses im Forstbereich will ich deswegen stärken. Ich bin dankbar, dass mir der Haushalt die Möglichkeit gibt, hierfür Planstellen zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Haushaltsdebatte habe ich von dem EU-Maßnahmenpaket berichtet, das uns helfen wird, unsere Landwirte in der aktuell schwierigen Situation zu unterstützen. Seit letztem Freitag ist die Eilverordnung in Kraft. 70 Millionen Euro EU-Mittel werden unbürokratisch und wirkungsvoll zur Verfügung gestellt. Ich bin sehr froh, dass wir diese bereitgestellten Hilfen national durch eine signifikante Unterstützung flankieren können. Als Ergebnis der parlamentarischen Haushaltsberatungen werden die Bundesmittel zur LUV um 80 Millionen aufgestockt. Das ist eine zusätzliche Beitragsentlastung, die von einigen Hundert Euro bis zu 2 000 Euro reichen wird. Das lässt

sich sehen, besonders wenn ich die Ursprungsentlastung in Höhe von 100 Millionen Euro hinzurechne. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir verschaffen den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Luft. Dadurch können sie ihre Produktion verstärkt an den Märkten ausrichten. Damit sind nicht alle Fragen beantwortet. Ja, es gibt Bereiche, bei denen wir das Ziel verfolgen, die Produktion für den Binnenmarkt zu erhöhen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir gegenwärtig bei Öko- und Biomilch keine Preiseinbrüche erleben. Das heißt, dass die Nachfrage entsprechend hoch ist, dass also Nachfrage und Angebot im Gleichgewicht sind. Daran müssen wir in anderen Bereichen noch arbeiten.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Christian Schmidt, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung von Herrn Ostendorff zuzulassen? Ja oder nein?

**Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Ja. Meine Antwort wird ja nicht auf die Redezeit angerechnet.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Natürlich nicht.

**Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: (D)

Das gibt mir die Möglichkeit, darauf gut zu antworten.

**Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Schönen Dank, Herr Minister. – Nachdem Sie jetzt zum eigentlichen Thema zurückgekehrt sind, nämlich der Lage unserer landwirtschaftlichen Betriebe, die für viele Bauernfamilien katastrophal ist – der Preisverfall bei Milch und bei Schweinefleisch ist dramatisch –, haben Sie erklärt, dass Sie durch eine weitere Entlastung bei den Beiträgen zur Unfallversicherung helfen wollen und dass es EU-Mittel in Form eines Liquiditätszuschusses von bis zu 10 000 Euro geben wird.

Aber Sie haben die Frage, die Sie sich selber gestellt haben, nicht beantwortet: Wie stabilisieren wir denn die Märkte? Darauf brauchen wir eine Antwort. Die von Ihnen genannten Mittel werden bei den bäuerlichen Familienbetrieben nur dazu führen, das Sterben etwas zu verlängern. Na ja, aber das hilft ihnen perspektivisch nicht.

Daher die Frage an Sie: Was unternehmen Sie, um den Überschuss, den wir auf den Märkten zu beklagen haben, in den Griff zu bekommen und um die Märkte zu stabilisieren? Hierauf gilt es eine Antwort zu geben. Der Bundesminister muss doch dazu Position beziehen und sich erklären. Meine Frage ist, was Sie den Bauernfamilien dieses Jahr im Haushalt mitgeben können, damit sie Hoffnung schöpfen können, von ihrer Produktion wieder

**Friedrich Ostendorff**

- (A) leben zu können, statt nur darauf hoffen zu müssen, von irgendwoher ein bisschen Sterbegeld zu bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Lieber Kollege, nachdem wir gewisse zarte Anzeichen dafür haben, dass sich der Milchmarkt etwas bessert – leider gilt das nicht für den Bereich Schweinefleisch –, will ich darauf hinweisen, dass uns diejenigen, die uns empfehlen, den Export zu stoppen, die Frage beantworten müssten, wie denn die hergestellten Produkte in unserem Lande abgesetzt werden sollen. Alles hat seine Berechtigung. Der Export allein – auch das ist klar – wird nicht selig machen.

Wir brauchen bei den Betrieben einen vernünftigen Mix aus Größe und Qualität, und wir brauchen Bauern, die die Erwartungen der Verbraucher im Blick haben. Ich glaube, dass wir angesichts der prognostizierten steigenden Nachfrage, gerade auch bei Milchprodukten, zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Ich will darauf hinweisen, dass die aktuelle Zahl von 7 Milliarden Menschen auf der Welt in wenigen Jahren auf 9 Milliarden anwachsen wird. Auch diese Menschen wollen ernährt werden.

(Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] nimmt seinen Platz wieder ein)

- (B) – Jetzt läuft meine Redezeit weiter, oder?

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Ab jetzt geht es normal weiter.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre gut, eine konkrete Antwort zu bekommen!)

**Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Gut. Dann werden wir die Diskussion anderswo fortführen. Ich habe dazu noch gute Gedanken und kann mir gute Entscheidungen dazu vorstellen.

Mein letzter Punkt betrifft die ländlichen Räume. Ich bedanke mich sehr, dass die Mittel für die GAK aufgestockt wurden. Wir werden auch das GAK-Gesetz ändern. Ich werde das in Kürze einbringen. Ich bitte darum, dass wir bei der Beratung berücksichtigen – wir sollten aber nicht von der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes abrücken –, dass ländliche Entwicklung mehr ist. Wir müssen die demografischen Probleme, die wir im ländlichen Raum haben, sehen. Ich habe den ländlichen Raum in diesem Jahr sehr intensiv besucht und zu diesem Thema viele Dialogreihen durchgeführt. Wir werden die angesprochenen Probleme nur durch Attraktivität im ländlichen Raum lösen können. Ich freue mich auf die Diskussion über die Änderung dieses Gesetzes.

5,5 Milliarden Euro für den Einzelplan 10, das ist ein Wort. Es gibt einen deutlichen Anstieg. Ich bin dem Deutschen Bundestag dankbar, dass er mich so gut mit Mitteln ausgestattet hat. Ich werde sie auch im Sinne des Gesagten gut einsetzen. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Minister Christian Schmidt. – Die nächste Rednerin ist Dr. Kirsten Tackmann für die Linke.

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Das Problem in der Agrarpolitik ist nicht so sehr der Haushalt, sondern die falsche Politik, die dahinter steht. Die stärkt eben nicht den regionalen Landwirtschaftsbetrieben den Rücken. Im Gegenteil: Sie folgt dem Mantra des glücklich machenden freien Marktes und des gelobten Landes der Agrarexporte. Im Klartext ist das die Aufforderung: Produziert möglichst viel und möglichst billig. Das ist ein Systemfehler, der dringend behoben werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Überschüsse werden weltweit entsorgt, was regionalen Märkten schadet und Fluchtursachen verschärft. Und das ist absolut falsch. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo, bitte, soll denn ein gutes Einkommen, mehr Tierwohl und Schonung der Natur herkommen, wenn am Markt vor allem Dumpingpreise den Wettbewerb entscheiden? Das hat fatale Folgen. Nicht nur in meinem Prignitzer Heimatwahlkreis haben viele Betriebe ein sehr schwieriges Jahr hinter sich. Seit Monaten bekommen sie keine kostendeckenden Erzeugerpreise. Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen spricht von Gewinnrückgängen zwischen 40 und 60 Prozent. Schaf- und Ziegenhaltung rechnen sich schon länger nicht mehr. Milch, Schweine, Futtermittel und Obst – alles wird schlecht bezahlt.

Ja, das ist auch ein Problem von Milchseen und Butterbergen. Wir haben aber gerade gehört: Jede Überlegung zu einer Mengenregulierung wird von der Koalition bzw. vom Bundesagrarminister blockiert. Ganz anders sieht es übrigens beim Wein aus. Die Steuerung der Angebotsmenge beim Wein wurde fraktionsübergreifend sogar begrüßt. Pflanzrechte werden restriktiv vergeben, und sogar die Erntemenge pro Hektar wird beschränkt. Ja, die unterschiedliche Wirkung des Genusses von Wein und Milch ist mir sehr bewusst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten im ganzen Hause)

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) Warum aber Mengenregulierung beim Wein richtig und bei der Milch Teufelszeug ist, das erschließt sich mir wirklich nicht.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Betriebe werden diese falsche Agrarpolitik leider nicht überleben. Aber wir brauchen nachhaltig wirtschaftende Agrarbetriebe: für regional und umweltschonend erzeugte Lebensmittel und erneuerbare Energien, für gut bezahlte Arbeit, für lebendige Dörfer, zum Erhalt der Kulturlandschaft und zum besseren Schutz des Klimas. Deshalb ist für uns als Linke ein Weiter-so keine Option.

(Beifall bei der LINKEN)

Handelskonzerne, Schlachthöfe und Molkereien bereichern sich doch auf Kosten der Erzeugerbetriebe. Ihre Marktübermacht muss endlich gestoppt werden. Die Linke fordert das schon lange. Das ist doch schon längst eine der Forderungen in allen Bauernversammlungen. Tun Sie also endlich etwas!

(Beifall bei der LINKEN)

Das Ende des Ausverkaufs von Äckern und Weiden an landwirtschaftsfremdes Kapital wird ebenfalls gefordert. Statt aber die Bodenspekulationen zu unterbinden, verdient der Bund noch fröhlich mit, weil er selbst die meisten Flächen – und zwar meistbietend – verkauft. Und der Hammer ist, dass er den ostdeutschen Bundesländern den begünstigten Kauf bundeseigener Flächen sogar dann verweigert, wenn es um Küsten-, Gewässer- oder Hochwasserschutz geht. Ich finde, dass dieser Griff in leere Landeskassen einfach unanständig ist.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Also, auch in der Landwirtschaft sind neues Denken und entschlossenes Handeln gefragt. Statt aber die falsche Politik zu ändern, werden nur Trostpflaster verteilt. Zum Beispiel werden zu den bereits erwähnten 100 Millionen Euro für die landwirtschaftliche Unfallversicherung weitere 78 Millionen Euro obendrauf gelegt. Die Beiträge sollen um 16 Prozent sinken. Das hört sich spektakulär an. Aber pro Betrieb und gemessen an der dramatischen Situation ist das höchstens eine freundliche Geste

Bei der Unfallversicherung bleibt noch eine andere Baustelle bestehen. Wir wollen, dass die Benachteiligungen bei der Beitragsbemessung zum Beispiel für Klein- und Kleinstwaldbesitzer beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

2 Millionen Euro zusätzlich gibt es auch für die Propagandaabteilung zur Förderung des Agrarexports. Das ist aber keine öffentliche Aufgabe. Deshalb sollte man diese Mittel nicht aufstocken, sondern ersatzlos streichen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regionale Lebensmittel sind eine viel klügere Strategie. Die Nachfrage ist hoch und stabil. Sie sichern mehr regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze, und sie haben

- (C) eine hohe Akzeptanz. Deshalb wäre finanzielle Unterstützung in diesem Bereich gut investiertes Geld.

Leider wurden auch in diesem Jahr alle Anträge der Linken zum Einzelplan 10 abgelehnt. Deswegen haben wir unsere Vorschläge noch einmal in einem Entschließungsantrag festgehalten. Das sind die Hausaufgaben für den nächsten Haushalt, aber einige Punkte will ich hier noch einmal kurz aufgreifen.

Erstens. Wer Fluchtursachen ernsthaft bekämpfen will, muss auch die Ursachen von Hunger bekämpfen. Dazu gehören nachhaltige Agrarkonzepte, und zwar weltweit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu enthält der Weltagrарbericht, den 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erarbeitet haben, viele kluge Vorschläge. Deutschland muss ihn endlich unterschreiben und seine Fortschreibung mitfinanzieren.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens sollen nach unserer Überzeugung alle Kinder Zugang zu einer hochwertigen und gebührenfreien Kita- und Schulverpflegung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge haben. Wir wollen dafür ein Bundesprogramm auflegen, und die Vernetzungsstellen Schulverpflegung müssen gestärkt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Drittens wollen wir die amtliche Lebensmittelüberwachung von überregional und transnational agierenden Unternehmen verbessern. Dazu soll diese Aufgabe beim Bund angesiedelt und eine Taskforce Lebensmittelsicherheit eingerichtet werden.

Viertens fordert die Linke seit Jahren ein Herden- und Wolfsschutzkompetenzzentrum. Das Fachgespräch am Mittwoch hat gezeigt, dass das dringend gebraucht wird.

Ich freue mich auf die Diskussion unseres Antrags nächste Woche im Ausschuss und noch vor Weihnachten im Plenum.

Im Übrigen sage ich: Krieg ist keine Lösung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Tackmann. – Der nächste Redner ist Dr. Wilhelm Priesmeier für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf den Haushalt und das, was in der langen Nacht der Bereinigungssitzung herausgekommen ist, muss man vor dieser Koalition den Hut ziehen. Wir haben einen guten Haushalt vorgelegt. Er macht deutlich, welchen Gestal-

**Dr. Wilhelm Priesmeier**

- (A) tungswillen die Regierung auch im Bereich der Agrarpolitik hat. Eine Frage sehen wir etwas kritischer – das werde ich noch begründen –, aber im Grundsatz geht dieser Haushalt in die richtige Richtung. Eine Steigerung in einer solchen Größenordnung ist uns in anderen Haushaltsjahren nicht gelungen.

Ich glaube, dieser Haushalt macht auch deutlich, dass wir in der Agrarpolitik zukunftsfähig sind. Ich freue mich insbesondere über den Hochwasserschutz und die zusätzlichen 60 Millionen Euro für den Bereich der Gemeinschaftsaufgabe.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

Die Festlegung dazu sehe ich allerdings ein bisschen kritisch. Denn wenn man 30 Millionen Euro für Maßnahmen im Bereich der ländlichen Entwicklung festlegt, die in der Verantwortung des Bundes liegen, dann müssen wir uns sputen, wenn es darum geht, den Entwurf des GAK-Gesetzes durch den Bundestag und auch den Bundesrat zu bringen. Das soll bis zur Sommerpause geschehen. Ich nehme an, wir werden damit erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der weiteren Ausgestaltung des GAK-Gesetzes – dazu rate ich – im Vorfeld verschiedene Ansätze fraktionsübergreifend und auch mit den Bundesländern zu diskutieren haben. Der Gesetzentwurf wird schließlich nicht so bleiben, wie er auf den Tisch gekommen ist. Das ist bekanntlich das Struck'sche Gesetz. Wir werden das noch viel besser machen. Die erste Version habe ich schon gelesen. Ich nehme an, die Ressortabstimmung wird demnächst abgeschlossen sein. Dann werden wir in den entsprechenden Gremien des Deutschen Bundestages darüber diskutieren.

- (B) werden das noch viel besser machen. Die erste Version habe ich schon gelesen. Ich nehme an, die Ressortabstimmung wird demnächst abgeschlossen sein. Dann werden wir in den entsprechenden Gremien des Deutschen Bundestages darüber diskutieren.

Mit unserer Politik tragen wir dazu bei, dass die ländlichen Räume als Lebens- und Wirtschaftsräume gestärkt werden. Dabei setzen wir vor allen Dingen auf die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume. Denn das ist an sich der Kern der Politik, den die SPD einfordert. Wir haben dazu mehrere größere Anträge und Papiere geschrieben. Wir werden uns auch auf dem kommenden Parteitag damit auseinandersetzen. Das alles macht deutlich, dass alle hier im Hause, insbesondere wir Sozialdemokraten, großes Gewicht auf den ländlichen Raum legen.

Über die Schwächen in der Analyse des ländlichen Raums sind wir uns weitestgehend einig. Es kommt jetzt darauf an, den richtigen Weg zu beschreiten. Dazu gehört zwangsläufig, dass wir gerade kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum, die im Umfeld der landwirtschaftlichen Produktion, der Ernährungsproduktion und anderer Bereiche tätig sind, im Rahmen eines integrierten Konzepts mit fördern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Grundversorgung mit Dienstleistungen vor allem im ländlichen Bereich abgesichert wird und dass die Daseinsvorsorge, die benötigt wird, damit sich Menschen im ländlichen Raum ansiedeln und dort leben, erhalten wird. Wir müssen die Konsequenzen aus den Entwicklungen ziehen, vor denen wir in den ländlichen

- Räumen stehen, insbesondere aus der demografischen Entwicklung. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier müssen wir entscheidende Angebote an diejenigen machen, die bereit sind, im ländlichen Raum Kinder zu bekommen und ihre Zukunft zu planen. Das ist eine gute Aufgabe, die wir in der weiteren Ausgestaltung der Politik gemeinsam mit denjenigen erfüllen müssen, die auf kommunaler Ebene verantwortlich sind. Das erfordert bestimmte Ansätze und Konzepte. Über diese können wir sicherlich lange diskutieren. Aber wir müssen endlich anfangen, etwas umzusetzen. Ich glaube, wir werden jetzt den richtigen Impuls bekommen, um das in Zukunft zu tun.

Wir müssen im Rahmen der GAK nicht mehr unbedingt die Agrarstruktur finanzieren; denn diese ist schon wettbewerbsfähig. Vielmehr müssen wir die weiteren Möglichkeiten im Hinblick auf die Länder nutzen. Wir müssen ernsthaft darüber diskutieren, ob die bisherigen Kofinanzierungsätze in der GAK erhalten bleiben sollen oder ob es nicht vielleicht besser ist, auf bestimmte Modalitäten Rücksicht zu nehmen. Wir müssen mit den Ländern reden und deutlich machen, dass sie nicht dauerhaft die Kofinanzierung an die Kommunen weiterreichen können. Das alles muss man bedenken, wenn man erfolgreich Politik betreiben will.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, ob das Jährlichkeitsprinzip bei der Abrechnung im Rahmen der GAK beibehalten werden soll. Wir sehen, dass Länder wie Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Thüringen erhebliche Schwierigkeiten haben, die vorhandenen Möglichkeiten überhaupt auszuschöpfen. Hier müssen wir vernünftige und sinnvolle Konzepte dagegensetzen, um ihnen eine bessere Ausschöpfung zumindest über einen längeren Zeitraum zu ermöglichen. Das lohnt den Schweiß der Edlen.

Ein Punkt, der mir in diesem Haushalt nicht so gut gefällt, ist der große Ansatz in Höhe von 78 Millionen Euro, der in der Nacht der langen Messer in den Haushalt gekommen ist. – Herr Kollege Caesar, Sie können ruhig lachen, aber Sie sind derjenige, der in der Hauptsache dafür verantwortlich ist. Sie haben dafür brav und wacker gekämpft. Wir haben seit 2007/08 etwa 850 Millionen Euro in die landwirtschaftliche Unfallversicherung gegeben. Ein Bauer, der einen Betrieb mit 120 Hektar – 20 Hektar für Silomais für die Kühe, 100 Hektar Dauergrünland – und 100 Rindern führt, bekommt etwa 799 Euro zusätzlich. Davon kann er vielleicht gerade einmal eine kleine Reparatur der Melkmaschine oder der Melkanlage bezahlen oder für seine Familie ein ordentliches Weihnachtsgeschenk kaufen. Das ist wahrscheinlich das, was der Minister beabsichtigt hat: Er wollte allen ein ordentliches Weihnachtsgeschenk zukommen lassen. Ansonsten halte ich von dieser Form der Subvention relativ wenig.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Wilhelm Priesmeier**

- (A) Das verpufft im Großen und Ganzen und bringt strukturell überhaupt nichts.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Nein, nein!)

Der Kleinwaldbesitzer geht natürlich leer aus; Sie kennen ja die entsprechende Debatte. Unter 303 Euro wird es mit Sicherheit nichts geben, weil hier eine ähnliche Risikokomponente wie im alten System gefordert wird. Oder Sie wollen wirklich alles nach dem Gießkannenprinzip auf die 1,4 Millionen landwirtschaftlichen Unternehmen verteilen. Das wäre noch verfehler; denn dann würde noch viel weniger dabei herauskommen.

Ich glaube, es ist an der Zeit, über die gesamte Systematik nachzudenken. Subventionen führen nicht immer zum Ziel. Manchmal sind sie als Input für einen kurzen Zeitraum sinnvoll, um für Bewegung zu sorgen. Aber auf Dauer kann ich Subventionen nur ablehnen. Ich spreche aus Erfahrung, die ich hier in dem Hause gewonnen habe. Ich glaube, es ist an der Zeit, sich dazu zu bekennen, dass wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe und Unternehmen Subventionen in der Form nicht brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Willi Brase [SPD])

Selbiges gilt auch für die Umgestaltung der GAP. Wir werden uns bis zum Jahr 2017 zu erklären haben, wie wir weiter verfahren wollen, auch mit der Perspektive auf das Jahr 2020. Ich glaube, das wird uns gelingen. Wir müssen heraus aus den 4,5 Prozent, wir brauchen eine Umschichtung von 15 Prozent.

- (B) (Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Zeit läuft trotzdem weiter, Wilhelm!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Dr. Priesmeier. – Alle noch knapp an der Grenze. Da können sich die Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Nächste Rednerin: Nicole Maisch für Bündnis 90/Die Grünen.

**Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Ausführungen der Kollegen von der Großen Koalition sehr aufmerksam zugehört und habe versucht, mir alle Zahlen des Kollegen Priesmeier zu merken. Es ist mir nicht ganz gelungen.

Was mich aber doch wundert, ist, dass in der Zeit, in der die globalen Krisen immer näher an uns heranrücken und der Globus an vielen Punkten in Flammen steht, keiner der Rednerinnen und Redner der Union auch nur ein Wort darüber verloren hat, welche Fluchtursachen wir mit unserer verheerenden Exportstrategie in der Agrarpolitik selbst bewirken. Das finde ich wirklich kurzsichtig, und das ist, finde ich, der Sache nicht angemessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wer Fleisch exportiert wie die Europäer – Deutschland ist ganz vorne dabei –, und zwar ohne Rücksicht

auf Verluste, der exportiert auch den Hunger in die ganze Welt. Ich hätte mir wenigstens ein oder zwei Sätze Selbstkritik an diesem Punkt gewünscht. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber gut. Was will man von einer Bundesregierung und einem Minister erwarten, die bisher zum dritten Mal das Licht einer breiten Öffentlichkeit gesucht haben. Nach „an apple a day keeps the Putin away“ und „je suis Greußener Salami“ konnten wir jetzt hören: Schmidt will Katern an ihr bestes Stück. – Dass die Journalisten nichts Besseres zu schreiben hatten, liegt nicht nur an den Journalisten, sondern das liegt daran, dass diese Bundesregierung einfach wenig vorzuweisen hat. Selbst diese lächerliche Meldung mit den Katern – Katzenkastration, richtige Sache – ist nur an die Öffentlichkeit gekommen, weil Schmidt in der Tierschutzpolitik nichts anderes vorzuweisen hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass man eine zweieinhalb Jahre alte Meldung hervorholen musste, hat damit zu tun, dass wir im Tierschutz mit Ihnen als Minister einfach peinlich wenig erreicht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sicher, im Haushalt findet sich ein bisschen, aber der Kollege hat es schon gesagt: In diesem Bereich muss man nicht nur Geld ausgeben, sondern auch Gesetze machen. – Deswegen haben wir Sie in einer Kleinen Anfrage gefragt, welches Gesetz, welche Verordnung Sie für den besseren Schutz der Tiere erlassen haben. Die Antwort war: keine. Dann haben wir gefragt: Welche planen Sie? Die Antwort war: Wir wissen es nicht so genau. Das finde ich ziemlich armselig. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gehen wir einmal kurz von der Landwirtschaft weg und schauen uns die Zahl der Tierversuche an. Die ist in den letzten Jahren durch die Decke gegangen. Warum? Weil die Grundlage für die Abwägung zwischen Tierversuch, Forschungsinteresse und Tierschutz im deutschen Tierschutzgesetz einfach nicht funktioniert. Das ist ein Fehler im Tierschutzgesetz, ein Fehler im System, den Sie sofort mit Ihrer Mehrheit ändern könnten. Warum tun Sie es nicht? Weil Sie nicht den Mut haben, weil Sie nicht das Herz dafür haben, Tiere in diesem Land wirklich zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben eine Koalition, die noch nicht einmal die kleinsten Ziele aus ihrem eigenen Koalitionsvertrag umsetzen will, zum Beispiel die gewerblichen Tierbörsen zu verbieten. Das haben Sie den Leuten im Koalitionsvertrag versprochen. Jetzt hört man weder von der Umweltministerin noch vom Landwirtschaftsminister irgendeinen Plan, wie man das durchsetzen will. Nicht mal dieses

**Nicole Maisch**

- (A) kleine Pünktchen haben Sie durchgesetzt; das ist wirklich armselig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich zu den Landwirtschaftstieren kommen. Ihr eigener wissenschaftlicher Beirat hat es Ihnen ins Stammbuch geschrieben: Wir haben massive Tierschutzprobleme in der deutschen Landwirtschaft. Sie, Herr Schmidt, haben das Gutachten nicht entgegennehmen wollen. Das musste Herr Bleser abholen. Aber das macht den Inhalt nicht falscher. Das Gutachten sagt ganz genau: Wir haben massiven Reformbedarf. Den werden Sie nicht aussitzen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Für das Aussitzen haben Sie in dieser Legislatur ein anderes Wort erfunden. Es heißt jetzt nicht mehr „Aus-sitzen“, sondern „freiwillige Verbindlichkeit“. Aber auch damit werden Sie nicht durchkommen. Die freiwillige Verbindlichkeit, das Nichtstun, hat keine Mehrheit in dieser Gesellschaft. Die Deutschen wünschen sich strengere Gesetze für den Schutz von Tieren; denn für die Mehrheit in diesem Land sind Tiere mehr als eine betriebswirtschaftliche Größe, mehr als eine Kennziffer. Die sagen: Tiere sind fühlende Lebewesen, die das Recht auf Schutz haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN –  
Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Von Fach-  
kenntnis ist Ihr Beitrag nicht geprägt!)

(B)

Auch im Ernährungsbereich sehen wir keine klare Linie und keinen Mut. Dabei haben wir ein gigantisches Problem mit ernährungsbedingten Krankheiten. Der Anteil der übergewichtigen Kinder geht nicht etwa zurück, sondern er stagniert auf hohem Niveau. Diejenigen, die schon dick sind, werden immer dicker. Das haben uns die Experten im Ausschuss vor zwei Wochen berichtet. Wir finden, deshalb brauchen wir eine konsistente Strategie gegen Übergewicht und Fehlernährung. Da reicht es nicht, wie der Minister, einfach nur zu sagen: Wir dürfen den Teller nicht mit Regelungen vollpacken. – Das ist uns ein bisschen zu wenig. Wenn Sie wirklich etwas für besseres Essen in unseren Schulen tun wollen, dann fangen Sie damit an, die Schulnetzungsstellen ordentlich zu finanzieren.

Als Minister kann man ja lange ein Schulfach „Ernährung“ fordern. Machen Sie weiter damit. Aber dann frage ich mich, wie Sie beim Kooperationsverbot – das haben Sie selbst in der letzten Großen Koalition verbockt – Einfluss auf die Kultusminister nehmen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man wirklich etwas für die bessere Ernährung von Kindern tun will, dann muss man auch die Grundlagenforschung besser absichern. Kollege Freese, eine McDonald's-Studie finanziert der Minister zum Glück nicht. Aber auch die Studie, über die Sie gesprochen haben – das sind kleine Projektchen, mit denen man versucht, das Sterben des FKE in Dortmund hinauszuzögern. Das kann

es nicht sein! Wir brauchen für die Grundlagenforschung eine verlässliche Finanzierung und mehr als immer mal wieder kleine Projekte, die dann zwar irgendwie über das Jahr helfen, aber doch auf Dauer die Grundlagenforschung nicht retten. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Es gab den Vorschlag des Max-Rubner-Instituts, das als Abteilung bei sich zu integrieren. Dafür hätte man mal 1 oder 2 Millionen Euro ausgeben müssen. Das wäre angesichts der Milliardenkosten im Gesundheitssystem, die Fehlernährung und Übergewicht verursachen, eine gute Investition gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt überzeugt uns nicht. Wir finden: Er ist planlos. Da ist kein Konzept dahinter. Deshalb kann man ihn nur ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Nicole Maisch. – Nächste Rednerin: Ingrid Pahlmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dieter Stier [CDU/CSU]:  
Jetzt kommt jemand, der Ahnung hat!)

(D)

**Ingrid Pahlmann (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Schmidt! Vorab erst einmal von meiner Seite meinen Dank dafür, dass Sie sich im Bereich „gesunde Ernährung“ klar positionieren. Auch vielen Dank für die Unterstützung des Gedankens, Ernährungswissen wieder an Schulen zu verankern. Ich war heute Mittag beim Deutschen Landfrauenverband. Er fordert das schon seit langem und freut sich sehr über diesen Beistand; das kann ich Ihnen sagen.

Frau Maisch, man muss Ernährungswissen erst einmal haben, um dann gegen Fehlernährung ansteuern zu können. Dicke Kinder kommen auch daher, dass viele gar nicht mehr wissen, was Ernährungsbausteine sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich komme jetzt zum Haushalt 2016. Ich denke, er ist ein großer Erfolg für Landwirtschaft, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Mein Dank gilt ganz besonders dem Verhandlungsgeschick der Haushälter. Allein in unserem Einzelplan haben wir 245 Millionen Euro mehr als im Jahr 2015. Hinzu kommen die schon genannten 100 Millionen Euro für den Hochwasserschutz im Einzelplan 60. Ich finde, das ist eine gute Grundlage, auf der wir unsere agrar- und ernährungspolitischen Schwerpunkte voranbringen können.

Dabei setzen wir mit dem Haushaltsansatz im Forschungskapitel ein wichtiges Zeichen. Forschung und Innovation in den Bereichen Landwirtschaft und Ernäh-

Ingrid Pahlmann

- (A) rung, aber auch im gesundheitlichen Verbraucherschutz sind von entscheidender Bedeutung für Gesellschaft, Praxis und Wirtschaft.

Ohne Forschung und Innovation werden wir die kommenden Herausforderungen der Ernährungssicherung, des Klimawandels und des Klimaschutzes, aber auch des Erhalts der natürlichen Ressourcen nicht bewältigen können.

Bei den Schwerpunkten, die uns in unserer Agrar- und Ernährungspolitik wichtig sind, spielt Forschung eine zentrale Rolle für neue Lösungen: beim Tierwohl wie beim Klimaschutz, bei nachhaltigem Pflanzenschutz, gesunder Ernährung sowie der Sicherheit von Lebensmitteln – also bei den Themen, von denen wir Agrar- und Ernährungspolitiker oft sagen: Das sind Lebensthemen.

Mit insgesamt 566 Millionen Euro hat die Forschung im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft einen erfreulichen Aufwuchs von über 10 Prozent erfahren und damit den Stellenwert bekommen, der ihrer Bedeutung gerecht wird.

Frau Tackmann, allein im Kapitel „Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation“ werden gegenüber 2015 zusätzlich 33,9 Millionen Euro veranschlagt. Dazu kommen die fast 17 Millionen Euro für die Forschungsinstitute. Ich finde, 50 Millionen Euro ist definitiv mehr als nichts. Das müssen Sie anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Wir alle wissen, dass die deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft eine Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft ist. Wie in jeder anderen Branche auch hängen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung eng mit Innovationen zusammen. Mit den Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben des Programms zur Innovationsförderung sollen technische sowie nichttechnische Produkte und Verfahren darum marktfähig gemacht werden; das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Ich erwähnte schon unsere Bundesforschungsinstitute Julius-Kühn-Institut, Friedrich-Loeffler-Institut, Max-Rubner-Institut, Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut. Diese Institute erhalten 16,9 Millionen Euro zusätzlich – ich finde, zu Recht.

Der Wissenschaftsrat hat den Instituten fast ausnahmslos gute Leistungen attestiert. Er erkennt ihre unentbehrliche Funktion als Vermittler zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Wissenschaft und Wirtschaft an und stellt eine positive Weiterentwicklung bei den Forschungs- und auch bei den Beratungsqualitäten fest. Daran wollen wir anknüpfen und die Bedarfsprofilierung und Bedarfsorientierung in den kommenden Jahren weiter verbessern.

Die Forschungsplanung soll verstärkt abteilungs- und programmübergreifend erfolgen und die Praxisverwertbarkeit in den Vordergrund stellen. Dazu soll auch der Wissenstransfer in die Praxis verbessert werden. Es ist mir ein ganz zentrales Anliegen, dass das Wissen auch bei den Betrieben ankommt.

Im Rahmen von Modell- und Demonstrationsvorhaben der Tierwohl-Initiative wurden Netzwerke von Praxisbetrieben zum Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis gebildet. Als forschungspolitische Sprecherin begrüße ich es ausdrücklich, wenn unsere politischen Handlungsfelder künftig noch enger durch die Forschung begleitet werden. (C)

Wir haben es gehört: Das Tierwohl ist ein Thema, das die Gesellschaft bewegt. Forschung kann auch hier auf den verschiedensten Ebenen einen entscheidenden Beitrag leisten. Modellvorhaben zum Tierschutz nehmen in den nächsten Jahren zu Recht einen Schwerpunkt bei der Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben ein. 7,5 Millionen Euro stehen für die Erprobung von Maßnahmen bereit, die zum Verzicht auf nichtkurative Eingriffe wie Schnabelkupieren oder Enthornen führen, zu verbesserten Verfahren bei der Schlachtung, bei der Haltung oder beim Transport von Tieren. Wir alle wissen: Verbote allein lösen die Schwierigkeiten in den genannten Problemfeldern eben nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hier setzen wir mit dem Haushalt 2016 ein Zeichen für die Branche. Neben den finanziellen Einbrüchen bei den Milchviehbetrieben haben wir zum Beispiel bei den schweinehaltenden Betrieben Einbrüche im Unternehmensergebnis in einer Größenordnung von 39 bis 49 Prozent. Das ist ein wirtschaftliches Desaster für die Betriebe.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Und was machen Sie?) (D)

Hinzu kommen immer stärkere Anforderungen und Auflagen an die Haltungsbedingungen. – Hören Sie gut zu, Herr Ostendorff.

Das öffentliche Image besonders der viehhaltenden Betriebe ist denkbar schlecht. Wenn nun Politik – das können Sie ja ganz besonders gut – und Gesellschaft vehement Verbesserungen im Bereich Tierwohl fordern, dann müssen diese Forderungen handhabbar und vor allen Dingen auch begründet sein. Die Betriebe an sich sind willens, dem gesteigerten Tierwohl Rechnung zu tragen. Allerdings – das muss ich Ihnen auch sagen – müssen diese Vorgaben dann auch tragfähig, belastbar und vor allen Dingen wissenschaftlich fundiert sein. Da bringen eben keine vorschnellen Gesetze etwas. Wir brauchen belastbare Forschungsergebnisse.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Tiere brauchen Hilfe!)

Im Rahmen der Tierwohl-Initiative werden wir das Deutsche Zentrum zum Schutz von Versuchstieren mit 20 zusätzlichen Stellen ausstatten. Es soll alternative Methoden erforschen, Forschungseinrichtungen und Behörden beraten, Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit informieren und die Forschungsförderung bei Alternativmethoden vorantreiben. Das Friedrich-Loeffler-Institut erhält drei neue Stellen für die Bearbeitung der Themen „Haltung und Verhalten von Schweinen“ sowie „Transport und Betäubung landwirtschaftlicher Nutztiere“.

**Ingrid Pahlmann**

- (A) Insgesamt stehen für den Bereich Tierschutz somit fast 30 Millionen Euro zur Verfügung. Das zeigt, dass wir diesem Thema gerade auch in den schwierigen Zeiten einen hohen Stellenwert beimessen.

Ich bin aber auch fischereipolitische Sprecherin. In diesem Zusammenhang freue ich mich besonders, dass das Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig III“ durch einen Neubau ersetzt werden kann, für den insgesamt gut 100 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren bereitstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das inzwischen in die Jahre gekommene Forschungsschiff ist das größte unserer Flotte und liefert für die Hochseefischerei wichtige Erkenntnisse. Denn die Bewirtschaftung der Fischbestände ist auf eine intensive wissenschaftliche Erforschung angewiesen. Der EU-Kommission dienen die erhobenen Daten zur Erarbeitung von Managementkonzepten für eine zukünftige bessere Bewirtschaftung und für eine nachhaltigere Nutzung der Fischbestände. Bestandsschonende, selektive Fangmethoden werden weiterentwickelt und leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Hochsee- und Küstenfischer. Umweltdaten wie Schadstoffkonzentrationen, Radioaktivität, Salzgehalt und Temperatur werden unter dem Blickwinkel ihrer Wirkungen auf die Fische und das Lebensmittel Fisch gemessen. Ein neues Forschungsschiff leistet somit einen wichtigen Beitrag für unsere Fischer, aber auch für unsere Ernährung.

(B)

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt – wir haben es schon mehrfach gehört – liegt bei der ländlichen Entwicklung. Mehr als die Hälfte aller Bundesbürger leben in ländlich geprägten Gebieten. Auch der Großteil unserer mittelständischen Wirtschaft ist dort angesiedelt. Die ländlichen Regionen bieten Raum für vielfältiges mittelständisches Gewerbe: Dienstleistungsbetriebe, aktive aufstrebende landwirtschaftliche Betriebe und das Handwerk. Und diese Unternehmer sind wichtige Akteure, die den ländlichen Raum stärken und die wir stärker in die Entwicklung einbinden wollen.

Demografischer Wandel und die globale Wirtschaft stellen heute aber gerade diese ländlichen Regionen vor sehr große Herausforderungen. Uns ist es wichtig, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land dauerhaft zu erhalten. Leben und Arbeiten auf dem Land müssen auch in Zukunft attraktiv bleiben. Deshalb erhöhen wir die Mittel zur Stärkung der ländlichen Entwicklung deutlich. Wir wollen regionale Infrastruktur fördern, Wirtschaftsstrukturen des Mittelstands, des Handwerks und der landwirtschaftlichen Betriebe stärken und Strukturen der Daseinsvorsorge langfristig sichern. Dazu wollen wir auch die Gründung unternehmerischer Initiativen aus dem bürgerschaftlichen Engagement – auch das ist uns allen sehr wichtig –, wie zum Beispiel Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen oder Energievorhaben, erleichtern.

Fakt ist: Politik, Zivilgesellschaft und aktive Betriebe müssen die Entwicklung in den ländlichen Räumen gemeinsam gestalten. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für den ländlichen Raum haben wir mit zusätzlichen 30 Millionen Euro ein klares Zeichen setzen können, um die Regionen fit für die Zukunft und lebenswert für die Menschen zu gestalten. Auch hier liefern die Modell- und Demonstrationsvorhaben wichtige Impulse. Wir lassen die Dörfer und die ländlichen Regionen nicht im Stich. Dafür setzen wir mit dem Haushalt 2016 ein starkes Signal. Noch einmal mein Dank an die Haushälter, die das möglich gemacht haben!

Ich bin in der Zeit geblieben. Ich denke, Sie sind auch mit mir zufrieden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Super! Sie sind die Nummer eins heute Abend. Vielen Dank, Frau Pahlmann. – Die nächste Rednerin: Dr. Karin Thissen für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Karin Thissen (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Jeder Mensch muss essen. Selbst Sozialdemokraten leben nicht nur von Gerechtigkeit und Solidarität. (D)

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD] – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sonst könnten sie auch verhungern!)

Damit ist klar: Lebensmittelsicherheit ist wichtig und – damit eng verbunden – auch der Tierschutz; denn Milch, Eier, Fleisch sind hierzulande Hauptnahrungsmittel.

Erinnern Sie sich an den Bayern-Ei-Skandal, mit dem wir uns bis heute beschäftigen müssen? Europaweit erkrankten Hunderte Menschen schwer an Salmonellose – drei starben sogar daran –, und zwar wegen tierschutzwidriger Haltungsverhältnisse in einem Legehennenbetrieb, wegen mangelnder Hygiene und Missmanagement.

Weil wir nicht nur von Politik und schön Reden allein leben, sind gesunde und sichere Lebensmittel für unser Wohl essenziell.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Tierschutz ist Verbraucherschutz ist Menschenschutz.

Wie viel sind uns also Lebensmittelsicherheit und Tierschutz wert, und zwar im kommenden Jahr? Da liest sich der Haushaltsentwurf erst mal wie eine gute Nachricht: knapp 30 Millionen Euro für den Tierschutz, circa 12 Millionen für Lebensmittelsicherheit, 66 neue Stellen im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Aber,

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Mehr Stellen!)

**Dr. Karin Thissen**

- (A) aber, aber. Wenn man sich den Gesamtetat des BMEL für 2016 anschaut, kommt die Ernüchterung. Noch nicht einmal 1 Prozent des Gesamtetats ist für Lebensmittelsicherheit und Tierschutz vorgesehen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was lernen wir daraus?)

Von einem Gesamtetat von 5,6 Milliarden Etat sind gerade mal 42 Millionen Euro für Lebensmittelsicherheit und Tierschutz. Die muss man schon fast mit der Lupe suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem: Dass das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit personell aufgestockt wird, begrüßt die SPD – und ich ganz besonders.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

Dadurch kann die Kontrolle von Lebensmitteln besser gewährleistet werden. Dass da viel zu wenig Personal ist in der Lebensmittelaufsicht, ist mir aus meiner langjährigen Überwachungstätigkeit als amtliche Tierärztin natürlich bestens bekannt. Und noch etwas muss dazukommen, nämlich dass die Öffentlichkeit über Missstände in der gesamten Lebensmittelkette informiert wird. Im Bayern-Ei-Skandal wurde beispielsweise die Öffentlichkeit nicht informiert. Der Grund: bestehende Rechtsunsicherheit. Und weil die Rechtslage unklar ist, traut sich keine Behörde, vor Missständen öffentlich zu warnen, weil sie Angst vor Schadensersatzansprüchen hat, und zwar nicht, weil der Missstand unklar ist, sondern weil die Rechtslage unklar ist. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann guter gesundheitlicher Verbraucherschutz nicht gelingen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Genau das haben wir uns aber seinerzeit im Koalitionsvertrag vorgenommen.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Dann mal los!)

Ich zitiere:

Verbraucherinformationsgesetz und § 40 Lebensmittelgesetzbuch (LFGB) werden dahingehend geändert, dass die rechtssichere Veröffentlichung von festgestellten, nicht unerheblichen Verstößen unter Reduzierung sonstiger Ausschluss- und Beschränkungsgründe möglich ist.

An dieser Neuformulierung des § 40 LFGB versuchen wir nun seit zwei Jahren zu arbeiten. Als Vertreterin der SPD kann ich sagen, dass es uns ein großes Anliegen ist, ein bisschen Tempo in unsere Arbeitsweise zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir dabei! Deswegen klatschen wir mit!)

Denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht auf Information und Transparenz, und wir haben die Pflicht, rechtssichere Regelungen zu schaffen. Unsere

Wählerinnen und Wähler verlangen nach mehr Transparenz und Sicherheit ihrer Lebensmittel, wie zum Beispiel eine Allensbach-Umfrage zweifelsfrei belegt. (C)

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Prost!)

Jetzt noch ein paar Worte zum Tierschutz. Wenn ich mir im Haushaltsentwurf die für den Tierschutz vorgesehenen Mittel näher anschau, fällt mir schon auf, dass einige Positionen aus dem Koalitionsvertrag 2016, nun ja, bearbeitet werden sollen. Aber an die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz traut man sich dann doch nicht so richtig ran, Empfehlungen, die da lauten: Tierwohlindikatoren weiterentwickeln, Tierschutzniveau steigern und Kontrolllücken schließen,

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Das machen wir ständig!)

Grundlagenforschung im Tierschutzbereich fördern. Wie werden diese Empfehlungen im nächsten Jahr umgesetzt? Da muss dringend etwas passieren; denn nur so wird die deutsche Landwirtschaft für die Zukunft fit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es reicht nicht, nur Geld in die Hand zu nehmen oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zu bejeheln. Der Tierschutzgedanke muss sich auch in Gesetzen und Verordnungen wiederfinden, und da sind wir gefragt. Nun wird es Zeit, auch mal die Bereiche Lebensmittelsicherheit und Tierschutz des Koalitionsvertrages abzu- (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite Halbzeit der Legislatur läuft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, liebe Kollegin Dr. Thissen. Sie sehen: Das gesamte Haus gratuliert Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Wir hoffen, dass Sie auch weiterhin so ermunternde Reden halten werden – zur Freude Ihres Koalitionspartners.

(Heiterkeit)

Wir machen jetzt weiter. Nächste Rednerin in der Debatte ist Gitta Connemann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### **Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Back mit Hack! – Endlich Plätzchen aus Fleisch.“ Dies titelt aktuell eine Kochzeitschrift für Männer mit Geschmack. Zur selben Zeit verschleudert ein Großdiscounter 500 Gramm Schweinehack für 1,59 Euro. Noch nie wurde so viel über Essen geredet, geschrieben, gesendet –

Gitta Connemann

- (A) für jede Zielgruppe etwas. Das ist die eine Seite der Medaille. Aber auf der anderen Seite werden Lebensmittel verramscht. Dies spüren unsere Landwirte und ihre Familien jeden Tag. Der wirtschaftliche Druck ist enorm; das ist hier mehrfach zu Recht gesagt worden. Was hinzu kommt: Sie fühlen sich immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Beispiele gefällig? „Wer ist krasser als Nazis, Scientologen oder Geheimdienste? Die deutsche Agrarlobby.“ So postete kürzlich ein Reporter einer großen deutschen Wochenzeitung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schlimm!)

„Sklaventhaler“, so brandmarkte Animal Peace einen Landwirt, der von einem Bullen getötet worden ist. Für diese Organisation ist das Tier – ich zitiere – ein „Held der Freiheit“. Bauern als Vogelfreie – das sind sicherlich Extrembeispiele, aber sie beschreiben ein Klima, in dem sich jede Bäuerin, jeder Bauer und ihre Familien bewegen müssen, und zwar tagtäglich. Und dabei sollen sie die Lebensmittel erzeugen, die wir uns wünschen – höchste Standards, kleine Preise, eigentlich eine Quadratur des Kreises. Dank harter Arbeit gelingt es ihnen. Noch nie waren Lebensmittel so sicher, bezahlbar, allzeit verfügbar wie heute. Aber die Anerkennung bleibt aus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund beraten wir heute den Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft. Es geht dabei um mehr als Geld. Es geht um ein Signal. Wir, die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion, sagen: Es muss endlich Schluss sein mit der Diffamierung einer ganzen Branche.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir bekennen uns zu unseren bäuerlichen Betrieben. Wir stehen an ihrer Seite, in guten wie in schlechten Zeiten.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dies stellen wir unter Beweis, auch heute, unter anderem durch die Erhöhung der Mittel für die landwirtschaftliche Sozialversicherung, für den Export in Schwellenländer, für Forschung, für Energieeffizienz, auch im Gartenbau. Dafür sage ich unserem Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und unserem Haushälter Cajus Julius Caesar herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind wichtige betriebliche Hilfen, aber es geht auch um das Ganze. Landwirtschaft wird nicht mehr verstanden. In Werbung und Medien wird ein romantisches Bild inszeniert, das mit der Realität nichts mehr zu tun hat. Immer weniger erleben diese Realität unmittelbar in ihren Dörfern. Natürlich gibt es auch offene Fragen: Wie wollen wir uns ernähren? Wie soll Tierhaltung zukünftig stattfinden? Wir stellen fest: Es gibt keinen gesellschaftlichen Konsens. Darüber müssen wir reden – gemeinsam, nicht übereinander, sondern miteinander. Dabei setzen wir übrigens auf Dialog statt auf Konfrontation. Das unterscheidet uns, liebe Ingrid Pahlmann, von unserem grünen Agrarminister in Niedersachsen. Er spricht nur mit wenigen und orientiert sich an Nischen. Das ist der falsche Weg. Wir wollen alle Beteiligten an einen Tisch bringen: Verbraucher, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbän-

de, Kirchen. Dafür brauchen wir eine Dialogplattform beim Bundeslandwirtschaftsministerium. Es geht uns um den Austausch auf Augenhöhe. Die Mittel dafür stehen jetzt bereit. Nur zu!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit seinem Lebensmittelgipfel macht unser Minister Christian Schmidt einen Anfang. Es wird um Verantwortung gehen, auch der Landwirtschaft, ja, aber auch der Verbraucher, der Hersteller und des Handels, ja: des Handels. Vier große Anbieter teilen sich heute noch Zweidrittel des Marktes. Sie liefern sich einen ruinösen Preiswettbewerb auf Kosten Dritter, nämlich auf dem Rücken der Erzeuger von Tieren, der kleinen Mittelständler. Ich sage sehr deutlich: Eine weitere Konzentration des Marktes muss verhindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

So sagen es übrigens Bundeskartellamt und Monopolkommission. Ich persönlich sage: Eine Erlaubnis des Bundeswirtschaftsministers für die Übernahme von Tengelmann durch Edeka wäre ein fatales Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An diesem Fall wird sich zeigen, wie wehrhaft das Kartellrecht ist.

Dies betrifft übrigens auch die Verbraucher, ihre Versorgung, ihre Ernährung – Lebens Themen. Kaum etwas bewegt die Menschen so sehr wie ihre Ernährung, und zwar zu Recht; denn am Ende geht es immer um ihre Gesundheit. Für all diese Themen trägt unser Ministerium Verantwortung. Es ist für mich, für uns das Lebensministerium. Dies ist in der Rede von Ihnen, lieber Herr Minister, ganz deutlich geworden. Wir stellen Ihnen heute die Mittel für die Umsetzung Ihrer politischen Agenda mit den Schwerpunkten Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz zur Verfügung. Glück auf!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es handelt sich hier um einen bedeutenden Betrag. Da bin ich etwas anderer Meinung als Sie, Frau Thissen. Wir waren als Koalitionsfraktionen eigentlich gemeinsam sehr stolz darauf, dass wir hierfür 150 Millionen Euro einbringen können. Das ist ein Spitzenwert. Vielleicht schauen Sie sich den Haushalt noch einmal an. Dann werden Sie erkennen, dass viele Mittel durch die landwirtschaftliche Sozialversicherung gebunden sind.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Wir schenken ihr eine Lupe!)

Das ist ähnlich wie beim Sozialhaushalt und der gesetzlichen Rentenversicherung. Ich denke, dann kommen wir das nächste Mal hier wieder zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist unsere Aufgabe, die Menschen in unserem Land vor gesundheitlichen Gefahren und vor Täuschung zu schützen. Dieser Aufgabe stellen wir uns übrigens seit zehn Jahren, und zwar erfolgreich. Lebensmittel sind so sicher wie nie zuvor, nicht zuletzt dank der hervorragenden

**Gitta Connemann**

- (A) den Arbeit von Bundesbehörden wie dem Bundesinstitut für Risikobewertung, lieber Harald Ebner. Es bewertet Risiken und leitet Grenzwerte ab. Wir wünschen uns, dass es bleibt, wie es ist, dass es nicht auf Wunsch oder den Zuruf der Politik,

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und auch nicht von der Industrie, bitte!)

sondern ausschließlich auf wissenschaftlicher Basis tätig wird; denn wir brauchen Aufklärung und Fakten

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, da bin ich bei Ihnen!)

statt Empörung und Vermutungen. Es geht um Menschen, und da müssen wir, da müsst ihr der Verantwortung besser gerecht werden als bisher.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Entscheidung darüber, was auf den Teller kommt, überlassen wir den Menschen. Deshalb lehnen wir eine staatliche Bevormundung durch Verbote oder Strafsteuern ab. Dies wurde übrigens gestern Abend bei einem Kongress unserer Fraktion noch einmal deutlich. Es ging um die Volkskrankheit Diabetes. Verbote, so die Wissenschaft, verlocken oder führen zur Umgehung, und Lenkungssteuern sind schon in anderen Ländern gescheitert. Deswegen ist es richtig, dass wir als Koalition einen anderen Weg gehen und sagen: Wir nehmen 2 Millionen Euro zusätzlich in die Hand, um damit eine Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten zu entwickeln. Das ist der richtige Weg. Um wirklich entscheiden zu können, braucht der Verbraucher eines: Klartext. Es muss draufstehen, was drin ist, und drin sein, was draufsteht.

(B)

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

Immerhin kann der Verbraucher zwischen 170 000 Produkten mit klangvollen Namen wählen.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Connemann, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Herrn Ebner?

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Sehr gern.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Liebe Frau Kollegin, Sie haben das Bundesinstitut für Risikobewertung und seine Aufgabenstellung angesprochen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Ich habe vorhin schon gesagt: Es ist richtig, dass man das Bundesinstitut personell stärkt; denn gerade bei der Bewertung der Gefährlichkeit von Glyphosat haben wir gesehen,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

dass die personellen Mittel eben nicht ausreichen, um die Bewertung selber vorzunehmen.

Das kann man im Bericht des Bundesinstituts nachlesen. Das Bundesinstitut hat geschrieben, dass es bei 850 von 1 250 Studien die Bewertung der Antragsteller

übernommen hat, ohne selber zu prüfen. Es musste in der nachgelegten Untersuchung und Bewertung sogar zugeben, dass es gar nicht bemerkt hatte, dass bei etlichen Mäusestudien statistische Verfahren, die notwendig gewesen wären, gar nicht durchgeführt worden sind. Das BfR hat dann, als der Zug eigentlich schon abgefahren war, noch einmal geprüft und festgestellt: Die Bewertung war falsch. (C)

Insofern bin ich ganz bei Ihnen: Da soll die Politik nicht reinpfuschen, da soll auch die Industrie nicht reinpfuschen. Auf dem Weg müssen wir uns weiter bewegen.

(Beifall der Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Lieber Harald Ebner, du weißt, dass ich dich persönlich wirklich schätze. Aber du versuchst jetzt, von dem abzuweichen, was du bei der Anhörung zum Thema Glyphosat geliefert hast, und das war ein wirklich trauriges Schauspiel. Das BfR ist nämlich nicht fachlich, sondern politisch-ideologisch angegriffen worden, weil es zu einem Ergebnis gekommen ist, das dir nicht passt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Quatsch! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Wenn wissenschaftliche Behörden am Ende die Ergebnisse so gestalten müssen, dass sie nur noch Applaus von der Politik erhalten, dann ist das falsch. Es geht ausschließlich um Wissenschaftlichkeit. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Das will er nicht hören!)

Dass das BfR nicht danebengelegt hat, zeigt die Entscheidung der EFSA, der europäischen Gesundheitsbehörde, gerade in Sachen Glyphosat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die das eins zu eins übernommen hat!)

Wenn du jetzt unterstellen willst, dass sich auch die EFSA und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dort in den Befunden, die über Jahre hinweg geliefert worden sind, und den vielen Gutachten, die vorliegen, getäuscht haben, kann ich nur sagen: Du machst dir so ein Stückchen deine Welt, wie sie dir gefällt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es war ein Zitat, das ich gebracht habe!)

Oder um es mit Karl Marx zu sagen: Niemand ist so taub, dass er es nicht hören will.

(Beifall bei der CDU/CSU – Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Ich bitte angesichts der Zeit – wir sind arg im Verzug –, auf weitere Zwischenfragen zu verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden sicherlich nicht die letzte Auseinandersetzung in dieser schönen Runde haben. – Ich bitte sehr darum.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber noch ein wichtiger Punkt!)

– Ja, ich weiß, dass das ein wichtiger Punkt ist; aber wir sind unglaublich in Verzug.

Gitta, erlauben Sie die Zwischenfrage?

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Manche Zwischenfragen sind so schlecht, dass man sie durch Antworten nicht stören sollte!)

– Nein, die Qualität der Frage ist eine ganz andere Sache. – Frau Connemann kann jetzt Ja oder Nein sagen.

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Sehr gern, Frau Präsidentin.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Gut. Aber ich sage an alle Kollegen gerichtet – wir sind richtig spät dran, und wir haben noch eine Abstimmung durchzuführen –: Bitte keine weiteren Fragen! Ansonsten lasse ich sie nicht mehr zu.

**(B)**

Bärbel Höhn, bitte.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kollegin Connemann, Sie haben eben gesagt, in der Anhörung sei das BfR nur ideologisch angegriffen worden. Ich war selber da und weiß, dass die beiden Experten aus den USA das BfR eindeutig fachlich angegriffen haben. Können Sie das bestätigen – ja oder nein?

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Ich war nicht bei der Anhörung.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gitta, was ist das denn jetzt? Das ist ja interessant!)

Ich habe das Protokoll gelesen, und ich habe die Anhörung gesehen, die aufgezeichnet worden ist.

(Nicole Maisch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann haben Sie die Aufzeichnungen der amerikanischen Experten gesehen!)

– Noch einmal: Ich habe die Anhörung gesehen, auch wenn ich nicht dagewesen bin. – Die Wissenschaftler, die Sie anführen, haben gesagt – da haben Sie natürlich recht –: Das BfR hat an dieser Stelle Fehler gemacht. – Es gab aber andere Wissenschaftler, die genau das Gegenteil gesagt haben.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die waren von Monsanto bezahlt!)

Am Ende ist für mich die Bewertung durch die EFSA (C) wichtig, und die oberste europäische Gesundheitsbehörde – das sage ich noch einmal – hat gesagt, dieser Bewertung durch das BfR sei nichts hinzuzufügen. Ich bitte einfach darum: Nur die Tatsache, dass Ihnen ein Ergebnis nicht gefällt, darf nicht dazu führen, dass am Ende die Politik die Seriosität einer ganzen Behörde in Abrede stellt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Connemann, es geht weiter mit Ihrer Redezeit. Sie haben noch eine Minute.

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Die Leitsätze im Lebensmittelbuch sollen Orientierung geben. Viele sind aber nicht mehr nachvollziehbar. Zucker darf sich nicht hinter chemischen Formeln verstecken. Auch ein Muskatwürzer ohne Muskat stiftet Verwirrung. Das beweisen die Beiträge auf dem Internetportal Lebensmittelklarheit. Auch um dessen Finanzierung zu sichern, stellen wir den Verbraucherzentralen 3 Millionen Euro bereit. Das ist gut investiertes Geld. Wir arbeiten auch an einer Reform des Lebensmittelbuchs, liebe Kollegin Vogt, liebe Kollegin Drobinski-Weiß, lieber Kollege Rainer. Es hat sich bewährt, aber es ist in die Jahre gekommen. Eines wünschen wir uns schon heute, lieber Minister: eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung. Dafür müssten sich doch entsprechende Kapazitäten in der BLE finden lassen. (D)

(Beifall der Abg. Cajus Caesar [CDU/CSU] und Ute Vogt [SPD])

Informationen dürfen aber auch nicht überfordern. Ein Karottensaft braucht keinen Beipackzettel, die Cortison-salbe schon, und zwar lesbar und auf Deutsch. Dafür haben Sie, lieber Herr Minister, bei Lebensmitteln gesorgt. Aber es gibt noch einiges zu tun. Ich nenne als Beispiel die verlässlichen Herkunftsangaben. Nur was aus deutschen Landen kommt, darf diese Kennzeichnung auch tatsächlich tragen. Der Anfang ist getan. Wir müssen noch mehr tun, zum Beispiel beim verarbeiteten Fleisch. Wir setzen hier auf die EU; sie muss sich bewegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in drei Tagen ist der erste Advent. Wir begannen mit Plätzchen, und ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit mit selbstgebackenen Plätzchen – ob nun aus Hack oder aus Mürbeteig; über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Gitta Connemann. – Nächste Rednerin für die SPD: Ursula Schulte.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dieter Stier [CDU/CSU])

**(A) Ursula Schulte (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Schmidt! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Blick in den Einzelplan 10 habe ich gedacht: Wunderbar, wir stehen kurz vor Weihnachten, und ein Wunsch geht in Erfüllung. – Ich meine damit nicht die Hofabgabeverpflichtung,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

um die wir lange gerungen haben und die mich noch im Schlaf verfolgt. Nein, ich meine die Mittel, mit denen wir gesunde Ernährung fördern wollen.

2 Millionen Euro hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten in den Haushalt 2016 eingestellt. Herr Minister, das ist eine gute Entscheidung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die SPD-Fraktion freut sich darüber besonders, weil wir uns lange für diese Reduktionsstrategie eingesetzt haben. Ein besonderer Dank gilt meiner Kollegin Elvira Drobinski-Weiß, die lange und heftig dafür gekämpft hat. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten ist eine wichtige Präventionsmaßnahme im Kampf gegen chronische Erkrankungen und Fehlernährung. Dass diese Maßnahme zwingend notwendig ist, das zeigen Studien der WHO. Demnach sind Übergewicht und Fettleibigkeit die größten Risiken für die Gesundheit der Menschen. Ich will Sie heute nicht mit Zahlen langweilen, liebe Kolleginnen und Kollegen; eine kann ich Ihnen aber nicht ersparen. In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil der übergewichtigen Menschen verdreifacht. Leider nimmt auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Übergewicht stetig zu. Schon ihretwegen müssen wir schnell, langfristig und vor allem nachhaltig handeln.

(Beifall bei der SPD)

Ein Baustein könnte das Institut für Kinderernährung sein, das schon wichtige Beiträge zur Förderung der Gesundheit von Kindern geleistet hat und alltagstaugliche Empfehlungen für eine gesunde Ernährung auf den Weg gebracht hat. Genau das ist es doch, was Familien, Kitas und Schulen heutzutage brauchen. Lassen Sie uns also gemeinsam versuchen, dieses Institut zu erhalten! Ein Bundesinstitut für Ernährung wäre vielleicht eine Lösung. Herr Minister, Ihr Lächeln, als Herr Freese vorhin ein solches Institut erwähnt hat, deute ich so, dass auch Sie sich eine solche Lösung vorstellen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ hat die Koalition eine Initiative gegen den Anstieg ernährungsbedingter Erkrankungen gestartet. Die Reduktionsstrategie war allerdings nur ein Teilelement. Verpflichtende Qualitätsstandards für Kita-

und Schulverpflegung sowie Werbeverbote für ungesunde Lebensmittel an Grundschulen und Kitas sind weitere Forderungen, die umgesetzt werden müssen, wenn wir gesunde Ernährung für unsere Jüngsten wirklich wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind übrigens alles Forderungen aus der Praxis, die während der großen, von der SPD initiierten Verbraucherkonferenz im Juli dieses Jahres an uns herangetragen wurden.

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, vorhin habe ich Sie gelobt. Jetzt muss ich allerdings auch ein bisschen Kritik anbringen; denn auf unserem Wunschzettel stehen noch einige Punkte, die wir gerne erfüllt sähen. An oberster Stelle steht der Fokus auf die Ernährung von Kindern in den ersten beiden Lebensjahren, dem sogenannten 1 000-Tage-Fenster. Wer in dieser Phase seines Lebens falsch oder mangelernährt wird – auch das soll es bei uns in Deutschland noch geben –, hat massive Konsequenzen für seine körperliche und geistige Entwicklung zu tragen, und zwar sein Leben lang. Wenn wir unseren Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ wirklich ernst nehmen, dann müssen wir gerade in diesem Bereich verstärkt investieren.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich wissen wir schon lange, dass Kinder aus bildungsfernen und einkommenschwachen Familien von Fehlernährung besonders betroffen sind. In unserem bereits erwähnten Antrag steht, dass es eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist, allen Kindern eine gesunde Ernährung zu ermöglichen. Wenn dieser Satz nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll, müssen wir endlich tätig werden.

(Beifall bei der SPD)

In der Konsequenz bedeutet das für mich, dass wir Geld in die Hand nehmen und für eine gesunde und teilweise auch kostenlose Verpflegung in Kitas und Ganztagschulen sorgen müssen. Wichtig ist mir aber auch, unsere Kinder und Jugendlichen in Sachen Ernährung zu bilden. Kinder müssen schon in der Kita erfahren, wie man gesundes Essen schmackhaft zubereitet. Dieses Wissen sollte in der Schule vertieft werden. So werden Kinder auch ein wenig zu Erziehern ihrer Eltern. In Zeiten von Fastfood, Fingerfood, Fertiggerichten und Coffee to go müssen wir aufpassen, dass so etwas wie Esskultur übrig bleibt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Da haben Sie recht!)

Gemeinsame Mahlzeiten sind nicht etwa altmodisch, sondern eine Möglichkeit, miteinander Zeit zu verbringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Aufgabe ist es, bessere Bedingungen für eine gesunde Ernährung zu schaffen. Dazu gehört auch die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Je einfacher die Information ist, umso besser. Auch ich habe keine Lust, mir lange winzig klein gedruckte Aufschriften auf Verpackungen durchzulesen. Daher sollten wir

**Ursula Schulte**

- (A) gemeinsam noch einmal über die Einführung einer Lebensmittelampel nachdenken. Damit erreichen wir dann ganz sicher alle Bevölkerungsschichten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein Haushalt – damit komme ich zum Schluss – ist in Zahlen gegossene Politik. Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher haben wir mit dem Ansatz für die Reduktionsstrategie einen weiteren Schritt in die richtige Richtung unternommen. Natürlich gibt es noch viel zu tun. Die SPD-Fraktion wird die Hände nicht in den Schoß legen, sondern sich für weitere Mittel im Verbraucherbereich einsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke schön, Frau Kollegin Schulte. – Die letzte Rednerin in der Debatte: Rita Hagl-Kehl für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Rita Hagl-Kehl (SPD):**

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte zum Haushalt dürfen natürlich auch die Themen „nachhaltige Landwirtschaft“ und „zukunftsfähige Agrarpolitik“ nicht fehlen. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung in der Landwirtschaft im Vordergrund. Der Schwerpunkt unserer Politik liegt auf der Gesundheit von Menschen und Tieren sowie auf den Folgen der Landwirtschaft für die Umwelt. Deswegen sprechen wir uns für eine nachhaltige und ressourcenschonende Agrarpolitik aus, die dazu beiträgt, einen gesunden und fruchtbaren Boden zu erhalten sowie gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren.

(Beifall bei der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hört sich schon mal gut an!)

Um die Agrarpolitik in diesem Sinne gestalten zu können, benötigen wir mehr Forschung, auch mehr Fördermittel, um die Bundesprogramme und die Strategien der Bundesregierung zu stärken. Es ist richtig, dass sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Bereich „Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation“ als einen der wichtigsten politischen Schwerpunkte gesetzt hat. Vielen Dank dafür. Ich werde auf zwei sehr wichtige Titel dieses Bereichs konkret eingehen, die ich für besonders finanzierungswürdig halte.

Erstens: der Titel „Eiweißpflanzenstrategie“. Das Potenzial heimischer Eiweißpflanzen wird in Deutschland nur unzureichend ausgeschöpft. Mit der Eiweißstrategie wird das Potenzial von Anbau- und Erntetechniken ausgeschöpft, ebenso werden die Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen vermindert. Aus diesen Gründen hat sich die SPD stark und im Endeffekt erfolgreich dafür

- eingesetzt, diesen Titel im Haushalt 2016 um 2 Millionen Euro aufzustocken. (C)

(Beifall bei der SPD)

Mit der Eiweißpflanzenstrategie wollen wir die Gewinnung wertvoller pflanzlicher Eiweiße aus Leguminosen wie Erbsen, Ackerbohnen und Lupinen stärken. Die Leguminosen sind ein wichtiger Baustein der nachhaltigen Landwirtschaft. Sie verbessern sogar die Bodenfruchtbarkeit. Langfristig brauchen wir Unabhängigkeit von Importen, zum Beispiel von Gensoja.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als Zweites möchte ich auf einen Titel eingehen, der aus meiner Sicht im Haushalt 2016 zu wenig berücksichtigt worden ist. Es handelt sich um das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft, BÖLN genannt. Als für den Ökolandbau zuständige Berichterstatterin habe ich bereits mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig dieser Haushaltstitel ist. Obwohl wir es im Haushalt 2015 geschafft haben, diesen Titel von 14 auf 17 Millionen Euro aufzustocken, werden die Fördermittel am Ende des Jahres voll ausgeschöpft sein.

(Cajus Caesar [CDU/CSU]: Nicht ganz!)

- Daran zeigt sich, dass wirklich Bedarf vorhanden ist. Damit das Bundesprogramm weiterhin gestärkt und verstetigt werden kann, wie im Koalitionsvertrag vereinbart und festgeschrieben wurde, sind weitere Erhöhungen notwendig. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Durch das Bundesprogramm können wir die nachhaltige Landwirtschaft stärken; denn wir unterstützen damit die Erzeugung von ökologischem Saatgut und von Mitteln zur vegetativen Vermehrung und schaffen so eine breite Palette verfügbarer Pflanzensorten und -arten. Das stärkt die Wirtschaftlichkeit von ökologisch und nachhaltig wirtschaftenden Betrieben. Das Programm dient der Stärkung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft und der angestrebten Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Anbauflächen im Land. In den letzten zwei Jahren hat sich die Größe dieser Anbauflächen leider nicht verändert. So wird es schwierig, die 20 Prozent Ökolandbau, die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt worden sind, zu erreichen.

Um verschiedene Formen dieser Landwirtschaft zu unterstützen, sollen Konzepte und Strategien für eine noch gezieltere Förderung erarbeitet werden. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat mit der Ankündigung eines Zukunftsplans Öko erste Schritte unternommen. Aber damit die Strategie wie angekündigt bis Ende 2016 erarbeitet und umgesetzt werden kann, bedarf es im Ökobereich noch mehr Subventionen und Forschung.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf den Aspekt der Pflanzenschutzmittelreduktion eingehen. Vorhin wurde

**Rita Hagl-Kehl**

(A) bereits das Stichwort „Glyphosat“ genannt. Keine Sorge, dazu spreche ich nicht. Aber diese Thematik zeigt, dass wir weiterhin den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln brauchen. Hier dürfen wir nicht nachlassen. Wir müssen diesen Titel verstetigen und dürfen die Mittel nicht zurückführen. Wir benötigen auch sehr viel Forschung in Bezug auf die Umsetzung, um neue, sichere Alternativen zu den existierenden Pflanzenschutzmitteln zu finden und die Landwirte noch besser beraten zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dafür werde ich mich einsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hagl-Kehl. – Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 10 – Bundesministerium für Ernährung und

Landwirtschaft – in der Ausschussfassung. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/6802 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt durch Ablehnung durch CDU/CSU und SPD bei Zustimmung der Linken und Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen. (C)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Der Einzelplan 10 ist damit angenommen. Zugestimmt haben die CDU/CSU und die SPD, dagegengestimmt haben Bündnis 90/Die Grünen und die Linke; es gibt keine Enthaltungen.

Wir sind am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, 27. November 2015, 9 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Restabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20.23 Uhr)

(B)

(D)